Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Digitale Sammlungen

11.02.1931 (Nr. 8)

Visual Library

7 Staatsbibliothek Breitenweg 44/45

Bremer Nationalsozialistische Zeitung

Einzelpreis 20 Pfg.

Parteiamtliches Organ der Bremer Nationalsozialisten

Geschäftsstelle und Redaktion: Bremen, Bahnhofstr. 26. Fernsprecher Domsh. 25878. Erscheint wöchentlich 2 mal. Bezugspreis monatlich 0.92 *RM* einschl. Bestellgeld.

Anzeigen: Die 10-gesp. Nonp.-Zeile 0.25 *RM*. Stellengesuche u. Fam.-Anz. 0.10 *RM*. Kl. Anz. 0.15 *RM*. Ersatzansprüche können nicht gestellt werden, wenn das Erscheinen verhindert.

Nr. 8 | 11. Februar | 1931 | 1. Jahrg.

NSDAP verläßt das Parlament!

Feder gegen Kaas. — Kube zum Volksbegehren.
Hereinfall der politischen Dunkelmänner.

Berlin, 10. Januar 1931.

Heute, Dienstagnachmittag 3 Uhr, verläßt die N. S. D. A. P. nach einer scharfen Erklärung des Abgeordneten Stöhr, worin sich die N. S. D. A. P. gegen die Verfassungsbrüche des Reichstags verwahrt, geschlossen für immer das Parlament. Der Abgeordnete Stöhr hat seinen Präsidentenposten niedergelegt und die Abgeordneten Linder und Kaufmann haben ihren Schriftführerposten abgegeben. Dem Beispiel der N. S. D. A. P. folgte die Deutschnationale Volkspartei und die Abgeordneten Sybel und Wendhausen vom Landvolk.

Der Reichssparkommissar fängt unten an.

Der Haushaltsausschuß genehmigte den Etat des **Rechnungshofes** und des **Reichssparkommissars** ohne Veränderungen. Bei der Aussprache verwahrte sich Abg. Pg. **Linder** dagegen, daß seine früheren Ausführungen etwa so gedeutet würden, als habe er zum Ausdruck bringen wollen, daß er sich dem durchaus notwendigen Personalabbau in den Ministerien verschließen wolle. Das Gegenteil sei der Fall. Die Ministerien seien unzweifelhaft überbesetzt. Aber gerade die Prüfungstätigkeit des Reichssparkommissars innerhalb der Ministerien habe keine ergiebigen Resultate gehabt. Das liege daran, daß der Reichssparkommissar immer von unten beginne und nicht, wie es eigentlich geschehen müßte, von oben. Hier seien wohl die Widerstände gegenüber dem Reichssparkommissar zu stark, als daß er erfolgreich durchgreifen könne.

Die Stockfahnenbeschaffung.

Kleine Anfrage des Abg. Haake (NSDAP.)

In den letzten Verhandlungen im Preußischen Landtage spielte die Bewaffnung des Reichsbanners eine nicht untergeordnete Rolle. Der Preußische Innenminister Severing bestritt in seiner Rede die Bewaffnung des Reichsbanners auf das entschiedenste.

Bei dem am 25. Januar ds. Js. stattgefundenen Umzuge des Reichsbanners in Köln am Rhein marschierten hunderte Reichsbannerleute zu ganzen Abteilungen zusammengeschlossen, mit jenen bekannten Stockfahnen, schwere Prügel, an denen oben ein kleiner Lappen weht.

Ein Offizier, der den Umzug begleitenden Schupo, auf die unglaubliche Tatsache aufmerksam gemacht, erklärte, daß diese Stockfahnen erlaubt seien und nicht unter das Verbot fallen. Daraufhin beabsichtigen auch wir, aus dekorativen Gründen, unseren Leuten solche Stockfahnen anzuschaffen. Das Kölner Polizeipräsidium läßt uns nun mitteilen, daß die Stockfahnen doch verboten wären, und der den Zug begleitende Offizier müsse sich geirrt haben und man verständе das auch nicht.

Ich frage das Staatsministerium:

1. Wer befindet sich im Irrtum, der die Auskunft erteilende Schupooffizier oder das Kölner Polizeipräsidium.

2. Sind Stockfahnen der Art, wie sie bei allen größeren Umzügen des Reichsbanners oder in seinen Versammlungen beobachtet werden, erlaubt oder verboten.

3. Ist im Falle eines Verbotes das Staatsministerium bereit, solches der Organisation des Reichsbanners, sowie den in Frage kommenden Polizeiorganen ausdrücklich bekannt zu geben.

Zum 10. Februar!

Ich bin geboren, deutsch zu fühlen,
Bin ganz auf deutsches Denken eingestellt,
Erst kommt mein Volk, dann all die andern vielen,
Erst meine Heimat, dann die Welt.

Bogislav v. Selchow.

„Zum 10. Februar" wird erstaunt das Groß der Leser fragen? Was ist es, das diesen Tag aus der Reihe der übrigen hervortreten läßt, ist er nicht ein Tag wie alle anderen, meist grauen und kalten Tage des Hornung auch? Und wenn man nun in seinem Gedächtnis einmal die Bilanz zieht, um über den Sinn und die Bedeutung dieses Tages zu grübeln, so wird dieselbe wahrscheinlich sehr traurig ausfallen. Ja, traurig ist er schon, dieser Tag, an dem vor nunmehr 11 Jahren im nördlichsten Teil unseres Vaterlandes, Nordschleswig, auf Grund des Versailler Gewaltfriedens die „Volksabstimmung" vorgenommen wurde. Das deutsche Volk, nach dem 4½jährigen Ringen und den schweren Tagen, die der Novemberrevolte folgten, zermürbt und in großen Teilen in sich selbst uneins, kämpfte damals im hohen Norden einen verzweifelten Kampf gegen das Dänentum. Unter der „Hoheit" der interalliierten Plebiszitkommission, unter den Bajonetten der französischen Besatzung und gegen eine Lawine dänischer Liebesgaben (Mehl, Speck und hochwertige Kronen) mußte von den der Heimat treu bleibenden Deutschen der Kampf um die Scholle, um Haus und Hof, um die Werkstatt und um Sprache und Kultur geführt werden, der dann ja mit der an obigem Tage erfolgten Abstimmung und der darauffolgenden Abtrennung Nordschleswigs endigte.

Wohl keine andere Abstimmung ist ein solcher Hohn auf das angebliche „Selbstbestimmungsrecht" der Völker, wie die in Nordschleswig durchgeführte. Während der Zweck einer Abstimmung doch eine Grenzfestsetzung nach dem Wunsche der Bevölkerung sein sollte, ist davon, bei Brechung eines maßgebenden Vorvertrages (5/XI/18), wo diese These als Leitgedanke anerkannt wurde, in Nordschleswig kein Gebrauch gemacht, sondern durch eine erzwungene „en bloc" Abstimmung (Gesamtabstimmung in zwei getrennten Zonen) Deutschland widerrechtlich Land geraubt. Man war im feindlichen Lager nicht Willens, die Ergebnisse der Abstimmung aus den einzelnen Gemeinden zur Grundlage der Grenzziehung zu machen, sondern teilte vielmehr das Land willkürlich in zwei Zonen ein (Clausenlinie), von denen die 1. nördliche Zone in den Kreisen Hadersleben, Apenrade und Sonderburg stark vom Dänen- und Neudänentum durchsetzt war.

Das Ergebnis der Volksabstimmung der gesamten ersten Zone war
rund 25 000 Stimmen (25%) für Deutschland und
rund 75 000 Stimmen (75%) für Dänemark.

Ueber 40 Gemeinden jedoch, darunter die Städte Tondern (76% deutsch), Hoyer, Apenrade und Sonderburg hatten starke deutsche Mehrheiten erhalten. In der zweiten Zone entschieden sich am 14. März 1920 rund 80% für Deutschland und 20% (12 800 Stimmen) für Dänemark, und verblieb dadurch also Stadt und Kreis Flensburg und einige kleinere Landgebiete von Tondern und Husum bei Deutschland.

Die verschiedenen Versuche, auf dem Verhandlungswege mit Dänemark zu einer Einigung bezw. der Grenzziehung zu kommen, die dem Wunsche der Abstimmenden Rechnung trägt, sind gescheitert. Die von Deutschland propagierte Tiedjelinie, die den südlichsten Teil der 1. Zone, der ja vorwiegend deutsch gestimmt hatte, demgemäß bei Deutschland belassen wollte, wäre



Obiges Bild ist im Jahre 1926 in der „Berliner Arbeiter-Zeitung" unseres Pg. Gregor Strasser erschienen und hat leider seine traurige Geltung bewahrt bis auf den heutigen Tag. Wenn ein jüdischer Großschieber, mit Moskau und dem Kommunismus seine schmutzigen Geschäfte macht, so ist er kein Ausbeuter sondern Klassen-Genosse; wenn dagegen ein deutscher Arbeiter mit dem Hakenkreuz auf der Stempelstelle erscheint, wenn ein nationalsozialistischer Arbeiter in der Obernstraße Zeitungen verkauft, so ist er ein „Arbeiterfeind" und muß niedergeschlagen werden.

eine für die damaligen Verhältnisse eventuell anzunehmende Lösung gewesen, da sie die Minderheiten (18 500 Deutsche an Dänemark und 18 500 Dänen an Deutschland zu gleichen Teilen den Ländern zuwies und die Flensburger Förde und das wirtschaftlich für diese Stadt so bedeutende Hinterland bei Deutschland beließ. Dänemark hintertrieb diese Lösung und nachdem es sich von der interalliierten Commission die Erlaubnis zur vorzeitigen Besetzung der gesamten 1. Zone geholt hatte, wurde am 15. Juni 1920 die Grenze endgültig festgesetzt, die nicht nur die ganze erste Zone mitsamt den überwiegend deutschen Gemeinden, sondern auch noch trotz stärkster deutscher Stimmenmehrheit kleine Teile der 2. Zone Dänemark zusprach. Einer kleinen fast verschwindenden dänischen Minderheit auf deutscher Seite von einigen 1000 Köpfen standen in Neudänemark mehr als 40 000 deutsche Heimatlose gegenüber. Damit hätte zunächst das Geschick gegen das Land zwischen den beiden Meeren entschieden.

Was ist uns denn Nordschleswig gewesen fragst du? Es war die Heimat von Tausenden deiner deutschen Volksgenossen, eine fruchtbare Landschaft mit reichen Höfen und blühenden Städten, Fischerdörfern und Badeorten, landschaftlich zu den reizvollsten unseres Vaterlandes gehörend, die Heimstätte eines urwüchsigen, reinrassigen Menschenschlages, ein Land tiefverwurzelter und erdgebundener Kultur. Und wenn es nichts gewesen wäre als ein armseliges Fleckchen Erde, wo Not und Elend zu Hause gewesen wären, wenn wir keine andere Erinnerung an es hätten als an den Eichbaum vor dem Hof oder den Acker unterm Pflug, es war unsere Heimat und darum lieben wir dieses Land.

Heute rauschen die nordischen Eichen so schwer, der blanke Hans rollt noch stürmischer als sonst an die friesischen Deiche und die Glocken des versunkenen Rungholt läuten Trauer dumpfer noch als sonst. Nordschleswig, wir haben dich wohl verloren, aber nicht vergessen. Wir warten bis unsere Stunde kommt, von der beim Einzug des dänischen Königs in Tondern der jetzige deutsche Abgeordnete im dänischen Reichstag (Folkething), Pastor D. Schmidt-Wodder sprach: „Wir hoffen auf den Tag, wo wir neu entscheiden werden über unser stattliches Geschick, frei von dem Zwang der en bloc Abstimmung, frei von dem Zwang des Friedensvertrages". Daß diese Worte einst wahr werden, daran wollen wir deutsche Jugend tatkräftig mitarbeiten. Daß die Novemberrepublik nicht den Willen hat, sich ernsthaft für das Recht Nordschleswigs einzusetzen, ist uns nachgerade klar geworden; gerade deshalb haben wir Nordschleswiger, wie alle Grenzlanddeutschen, nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, aktiv unter Adolf Hitlers Fahnen mitzukämpfen. Nur nach der Errichtung eines neuen Deutschland, das nationalsozialistisch sein wird, dürfen wir hoffen, daß eines Tages wieder die alte blau-weiß-rote Fahne über dem deutschen Norden flattert und ein wahrhaft „schönerer Morgen tagt". Es soll und muß wieder wahr werden:

„Schleswig und Holstein up ewig ungedeelt".

F. L. Wohlers.

Feder — Kaas.

Der „Vorwärts" und andere Zeitungen beschäftigten sich in den letzten Tagen, mehr oder minder aufgeregt, mit einer Versammlungsrede, die unser Pg. Feder in Oldenburg gehalten hat. In dieser Rede kam Feder zurück auf die Ausführungen, die der Zentrumsführer, Herr Prälat Dr. Kaas, vor einigen Wochen in Kassel vom Stapel ließ. Er hat damals bekanntlich sehr unfreundliche und, soweit man ihnen überhaupt sachliche Berechtigung zugestehen kann, völlig schiefe und unzutreffende Darstellungen über die politischen Grundlagen unserer Arbeit im Parlament und in der Oeffentlichkeit gegeben. Der Fraktions-Vorstand war der Ansicht, daß der Vorfall durch einen Leitaufsatz unseres Hauptorgans, des „Völkischen Beobachters", der zu den Ausführungen des Herrn Prälaten Kaas kritisch Stellung nahm, erledigt sei. Offenbar in Unkenntnis dieser Auffassung des Fraktions-Vorstandes sah Pg. Feder sich veranlaßt, Herrn Dr. Kaas brieflich zu fragen, ob der Bericht, der über seine Versammlungsrede in der Presse erschien, als authentisch gelten könne. Herr Dr. Kaas stellte Herrn Feder durch einen Mittelsmann anheim, ihn darüber mündlich zu befragen. Diese Bereitwilligkeit brachte Herr Kaas dem geschäftsführenden Vorstandsmitglied unserer Fraktion, Pg. Stöhr, gegenüber zum Ausdruck, der Herrn Feder dann schriftlich davon in Kenntnis setzte. Das ist der Sachverhalt. Etwas anderes als das vorstehend Geschilderte hat auch Parteigenosse Feder in der erwähnten Versammlung in Oldenburg nicht gesagt. Alle darüber hinausgehenden Kombinationen sind daher als völlig wertlose Tendenzmeldungen der Journaille zu betrachten.

Was sagen Sie dazu?

Barmat und Brüning.

Es liegt noch nicht allzu viele Jahre zurück, daß die jüdischen Rekordschieber Barmat, die den deutschen Steuerzahlern runde 20 Millionen Mark abgeknöpft hatten, von diesem Staat frei- und auf die noch immer nicht klug gewordene Menschheit wieder losgelassen worden sind. Die meisten Deutschen haben das zwar längst vergessen und es ist gut so.

Im Verlaufe des damaligen Barmatprozesses, der zum guten Schluß — für die betrogenen Steuerzahler natürlich — wie das Hornberger Schießen ausgelaufen ist, sind niedliche Einzelheiten bekannt geworden. Unter anderem hat die geniale Verpackungstechnik der Brüder Barmat seiner Zeit gebührende Würdigung gefunden. Bekanntlich ist in der Zeit, als der Barmat'sche Weizen blühte, von Holland kondensierte Milch in rauhen Mengen eingeführt worden. Diese Konserven kamen in Blechdosen von 14 Unzen Inhalt zum Versand, während wundervolle Etiketten auf diesen Büchsen dem ahnungslosen Käufer versicherten, daß er volle 16 Unzen bester Barmat-Milch nach Hause trüge. Und monatelang haben sich die Berliner mit Ia Holländer Kondens-Milch vollgesogen.

Ich werde an diese hübschen Details aus dem Barmatprozeß immer wieder erinnert, wenn ich mir einmal Zigaretten kaufe. Da hapert es auch mit den Unzen. Neun Stück drückt dir der seufzende Zigarrenhändler in die Hand und meint, „die zehnte raucht Brüning". Das ist vielleicht ungenau ausgedrückt, denn Herr Reichsfinanzminister Dietrich ist gleichfalls nicht von Pappe. „Der alte Urstand der Natur kehrt wieder", möchte man beinahe mit Schiller sagen. Auch unsere Vorfahren hat man zu gegebener Zeit entsprechend hochgenommen und ihnen den „Zehnten" abgeknöpft. Damals galt es, die geistliche und weltliche Obrigkeit zufriedenzustellen — heute ein wackeliges System am Leben zu erhalten und Herren Morgan & Co., New York, die Youngtribute sicherzustellen. Je nun, wir müssen schon noch eine kleine Weile Geduld haben.

Jedenfalls — und das wollten wir feststellen — die Barmatpackung war etwas schonender als die Brüning-Ausgabe es ist, denn die Barmats haben uns schamhaft verschwiegen, daß zwo Unzen fehlten. Aber schließlich sind wir seit Jahren an Opfer gewöhnt — auch den Zehnten sollen sie haben — wenn sie uns nur diese Republik erhalten!

Wo bleibt die S.P.D.?

Anno Barmat und Sklarek, da war wenigstens noch was los in Deutschland. Da florierten die Geschäfte so mancher „Arbeiterführer" und am Kurfürstendamm und in Schwanewerder ging es mitunter „hochproletarisch" zu. Die Bauer und Heilmann von der SPD. hatten ihre sieben fetten Jahre — und auch die Konten „Dolch" und „Gabriel", die man für die KPD.-Größen Degener und Gaebel eingerichtet hatte, zeigten erfreuliche Umsätze.

Nun muß — denn, das ist so der Lauf der neuen Welt — die Sklarek-Affäre bald „geklärt" sein, die sauberen Brüder zeigen schon wieder erhebliches Interesse am deutschen Rennsport — und wir warten geduldig auf die nächste Stinkbombe. Sicherlich wird die inzwischen schon geladen, fällig ist sie längst. Die SPD. hat das Wort.

Verbote.

Der Berliner Polizeipräsident Grzesinski, der — wenn mich die große Aehnlichkeit nicht täuscht — in dem Ufa-Tonfilm „Einbrecher", welcher zur Zeit im Metropol-Theater läuft, in liebenswürdiger Weise die Rolle des musik- und tanzliebenden Polizeikommissars übernommen hatte, hat nun das Organ der Berliner Nationalsozialisten, den „Angriff" auf einige Zeit verboten, nachdem der Münchener Polizeigewaltige mit der Unterdrückung des „Völkischen Beobachter" beispielgebend vorangegangen war. Klar, was die Münchener können, das können die Berliner schon lange. Trotzdem haben wir hier den seltenen Fall, daß die flinken Preußen etwas langsamer geschossen haben, als die schwarzen Koalitionsbrüder von Bayern. Im großen und ganzen jedoch pflegt man in Berlin nicht nach-, sondern vorzuschießen. Namentlich, wenn die Seelengröße des Bedürftigen so einwandfrei feststeht, wie bei den Brüdern Barmat.

In wenigen Tagen erscheint der „Angriff" neu und die Republikhüter fangen wieder an zu schwitzen. Mit Verboten und Terror glaubt man den Siegeszug des Nationalsozialismus aufhalten zu können. Die Herren vergessen immer wieder, daß eine sieghafte Idee stärker ist als Gummiknüttel und Paragraphen. Verbietet unsere Zeitungen, sperrt uns in die Gefängnisse, — wir lachen dazu. Schicksalsmäßig, wie ein Erdbeben, wie der Ausbruch eines Vulkans wird der Aufbruch des schaffenden Deutschlands sich vollziehen. Die Fratze dieses alt und morsch gewordenen Systems paßt nicht mehr in diese Zeit. Drum reißt die tote Maske in Fetzen und erfüllt die neue Zeit mit Euren Idealen, um derentwillen Ihr angetreten seid.

Zeitungsverbote am laufenden Band.

Wie soeben aus München gemeldet wird, ist durch die Münchener Polizeidirektion das Kampfblatt des Gaues München-Oberbayern der NSDAP. „Die Front" wegen angeblichen Verstoßes gegen das Republikschutzgesetz auf die Dauer von 6 Wochen verboten worden. Außerdem ist die Nr. 3 vom 1. Februar mit Ausnahme der Seiten 7 bis 9 beschlagnahmt worden.

Eben erst liegt ein Antrag Dr. Frick, Stöhr und Gen. vom 5. Februar vor: Der Reichstag wolle beschließen:

„Die gegen die nationalsozialistischen Zeitungen „Völkischer Beobachter" in München, „Angriff" in Berlin, „Schlesische Tageszeitung" und „Schlesischer Beobachter" in Breslau und „Der Trommler" in Magdeburg erlassenen Erscheinungsverbote werden als unzulässig aufgehoben".

Da liegt schon wieder ein neues Zeitungsverbot vor. Severing macht Schule auch in Bayern! Aber auch außerhalb Deutschlands. Soeben erhalten wir aus Prag folgende Nachricht:

„Die heutigen Amtsblätter veröffentlichen das Verbot des Bezuges und der Verbreitung nachstehender nationalsozialistischer Blätter, die im Deutschen Reiche hergestellt werden: „Der Angriff", Berlin, „Der Freiheitskampf" (Dresden), „Der Nationalsozialist" (Weimar), „Schlesischer Beobachter" (Breslau) und die „Nationalsozialistischen Monatshefte" (München). — Der „Völkische Beobachter" ist schon vor mehr als 3 Monaten dauernd in der Tschechoslowakei verboten worden. Ebenso ist der „Illustrierte Beobachter" verboten. — Diese Verbote der Tschechen zeigen am deutlichsten in wessen Interesse die Herren Severing und Genossen amtieren, wenn sie die nationalsozialistische Presse auch im Deutschen Reiche unterdrücken. Sie stehen in einer Front mit Franzosen, Polen und Tschechen.

Das gute Dreßler-Bier

Im Ring.

Zerfall der N.S.D.A.P.

Ein Zentrumsblatt, die „Neue Pfälzische Landeszeitung" schreibt u. a.:

„Nach bis heute unwidersprochen gebliebenen Mitteilungen soll sich ein „Katholischer Ausschuß der Nationalsozialistischen Partei" gebildet haben, von dem als erstes die Absetzung Rosenbergs, Reichstagsabgeordneter und Chefredakteurs des „Völkischen Beobachter" gefordert worden sei."

Die „Weser-Zeitung" vom Sonnabend, dem 7. Februar, bringt in dankenswerter Weise diese Ente auch in Bremen auf den Markt. Wir können den verehrlichen Lesern der „Weser-Zeitung" hierzu noch folgende interessanten Einzelheiten berichten. Nicht nur ein katholischer Ausschuß hat sich innerhalb der NSDAP. gebildet, sondern auch ein evangelischer, der den Mitgliedern unserer Partei unter dem Namen „Norddeutscher Protest-Zirkel" bekannt ist und unter der Leitung des allseits beliebten Herrn Pastors Na-Endlich steht. Der nicht mehr aufzuhaltende Verfall der Partei zeigt sich jedoch ganz besonders darin, daß nun auch schon die Juden in der NSDAP. einen Ausschuß gebildet haben, der die sofortige Absetzung Adolf Hitlers vom Posten des Parteiführers fordert. Ergänzend erfahren wir hierzu noch, daß die Bildung weiterer konfessioneller und politischer Zirkel innerhalb der NSDAP. vorgesehen ist. Es handelt sich um folgende Vereinigungen:

Ausschuß der Mohamedaner und Freimaurer in der NSDAP.,

Ausschuß der Schünemann-Gläubigen in der NSDAP.,

Kameradschaftsbund der radikal-revolutionären Volksparteiler

in der NSDAP. und verwandte Stammtische. Besonders dem Wirken der letztgenannten Gruppe, die bereits dazu übergegangen ist, bewaffnete Sturmabteilungen aufzustellen, werden wir unsere ganze Aufmerksamkeit zu widmen haben

Exhumierung.

Der Reichsbund der deutschen demokratischen Studenten hielt am Sonnabend und Sonntag, dem 7. und 8. Februar in Berlin seinen Bundestag ab, auf dem über das „Schicksal" des Verbandes entschieden werden mußte, nachdem die demokratische Partei nicht mehr besteht. — Wann wird nun endlich einmal ein Staatsanwalt eingreifen und diesen letzten Demokraten das Handwerk legen? Immer wieder versuchen sie, die längst verweste Leiche Demokratie auszubuddeln. Was die da treiben ist Leichenschändung. — Wenn sie sich wenigstens Archäologen nennen wollten!

Richtung Plötzensee!

Der frühreife Republikaner Hello von Gerlach macht uns Sorge. Unter dem Titel Politisches Notizbuch schreibt er in seiner „Welt am Montag":

„Unseren Nazis ist eine bittere Enttäuschung geworden. Ihre italienische Bruderpartei hat einen Juden in ihr Direktorium berufen, nämlich den bekannten italienischen Gelehrten und Herausgeber der internationalen Zeitschrift für Rechtsphilosophie Prof. Giorgio del Vecchio. Del Vecchio gehört der faschistischen Partei seit ihrer Gründung an. Hat Mussolini mit dieser Berufung nicht Rasseverrat begangen? Vielleicht leiht Herr Frick ihm einmal den Professor Günther aus Jena, damit er endlich über die Rassenfrage aufgeklärt werde."

Wenn im nächsten Frühjahr der Berliner Tageblatt-Jude Wolf wieder nach dem „Bruderland" Italien fährt, um im Lido seine Quanten zu waschen, ohne dabei von Faschisten — mit oder ohne Spaghetti — aufgefressen zu werden, so wird die Welt am Montag wieder ihre Sorgen haben und von einem Meutern unserer „italienischen Bruderpartei" berichten.

Wir empfehlen dem armen Hello weder den Dr. Frick noch den Professor Günther. Gegen seine schleichende Blöderitis hilft nur noch ein guter Tapezierer, der dem frühreifen Hello eine solide Polsterzelle zurechtmacht.

Nur relativ gut.

Der Relativitätsjude Einstein hat in Nordamerika eine Reihe von Vorträgen gehalten und sich dabei offen für die Kriegsdienstverweigerung eingesetzt. Unter anderem meinte Herr Einstein:

„Wenn nur zwei Prozent der Militärpflichtigen den Kriegsdienst verweigern, gibt es nicht genug Gefängnisse, um sie einzusperren."

Die Amerikaner waren begeistert über die Gehirnausscheidungen dieses „deutschen Trottels". In dicken Überschriften wurde Einstein von den amerikanischen Zeitungen gefeiert. Der „Messenger of Peace", ein Organ, das allein schon durch seinen Namen eine grenzenlose Friedensliebe bekundet, schrieb, daß Einstein in Amerika mehr gefeiert worden sei, als irgendein anderer Europäer, der je vor ihm nach den Vereinigten Staaten gekommen sei. Falls jedoch Herr Einstein — so schrieb jenes amerikanische Pazifistenorgan — sich um die Einbürgerung in den Vereinigten Staaten bemühen wollte, so müßte ihm diese wegen seiner antimilitaristischen Aeußerungen versagt werden. Denn, wer amerikanischer Staatsbürger werden will (und dies gilt auch für Frauen) muß sich schriftlich dazu verpflichten, die Vereinigten Staaten mit den Waffen zu verteidigen.

Daß die Amerikaner von diesem „deutschen" Pazifismus begeistert sind, ist ja zu verstehen. Aber sie denken nicht daran, diese Eseleien von Deutschland zu importieren. Herr Einstein hat schon recht: Es ist eben alles relativ, — auch die deutsche Dummheit! Und unsere Youngmilliarden nimmt man in U.S.A. lieber als unseren Pazifismus. —rl.

In den Ring der Zeitungsschwindler

ist nach der „Schwarzen Tante in Vechta", dem „Volksblatt", nunmehr auch die spaßparteiliche

Oldenburgische Landeszeitung

getreten. Damit ist nun der schwarz-rot-goldene Kreis geschlossen. Dreist und frech lügt auch die Landestante den Artikel Adolf Hitlers im Illustrierten Beobachter um. Man unterschiebt dem nationalsozialistischen Führer Worte, die dieser in seinem Aufsatz nicht gebraucht hat. Wir empfehlen jedem, die beiden Artikel zu vergleichen.

Abg. Kube zum Preuß. Volksbegehren

„Das Gesetz des Handelns lassen wir uns nicht vorschreiben".

Altona. Der überfüllten Kube-Versammlung kam besondere politische Bedeutung bei, da eine Stellungnahme des Führers der nationalsozialistischen Fraktion im preußischen Landtag zum Stahlhelm-Volksbegehren erwartet wurde. Diese blieb auch nicht aus und war in ihrer prägnanten Kürze von einer erfrischenden Deutlichkeit. Pg. Kube beschäftigte sich einleitend mit dem falsch und entstellt verbreiteten Interview der Telegraphen-Union. Er habe in einer kurzen telefonischen Unterredung lediglich die Frage bejaht, daß die Nationalsozialisten jedes legale Mittel begrüßen, um das rote Preußen zu stürzen.

Bei dem Stahlhelm-Volksbegehren hat sich die Nationalsoz. Deutsche Arbeiterpartei bis heute nicht festgelegt.

Ohne der Entscheidung des Führers vorgreifen zu wollen, dürfe aber angesichts der Vorgänge, festgestellt werden, daß sich die größte politische Partei Deutschlands das Tun nicht vorschreiben läßt. (Stürmische Zustimmung.) Die nationalsozialistische Bewegung wird stets allein das Steuer halten und denkt nicht daran, es sich je aus der Hand nehmen zu lassen. Pg. Kube zeichnete kurz die grundsätzliche Haltung des Nationalsozialismus zur sogenannten nationalen Rechten. National und reaktionär sind feindliche, national und sozialistisch einheitliche Begriffe. Wir kennen das Gesicht der Reaktion! Deshalb verbitten wir uns als nationale Sozialisten Verhandlungen., bei denen man die Gleichberechtigung des deutschen Arbeiters nicht in Kauf nehmen will. Um diese Kernfrage geht es. Nie erobert ihr ohne den deutschen Arbeiter diese rote Festung; wir holen uns Preußen selbst. (Stürmischer langanhaltender Beifall.)

Der Nationalsozialismus allein entscheidet, so führte Pg. Kube weiter aus. Sobald der Führer gesprochen habe, werde noch manches über diese Angelegenheit zu sagen sein. Bei der Haltung der Volkspartei sei schon heute begründete Skepsis am Platze angesichts des Doppelspiels: in Preußen Beteiligung am Volksbegehren und im Reiche Stützung Brünings. Braun und Brüning seie nuntrennbar und das Janusgesicht des Systems. Allein durch eine Lösung von Brüning werde die Volkspartei ein ehrliches Wollen im Preußen-Kampf beweisen können.

Mißtrauensanträge abgelehnt.

Die SPD. liegt vor Brüning auf dem Bauch.

Berlin, 7. Febr. In der heutigen Sitzung des Reichstages kamen die **nationalsozialistischen** und kommunistischen Mißtrauensanträge gegen das Gesamtkabinett Brüning zur Abstimmung. Sie wurden mit 293 gegen 221 Stimmen bei 13 Enthaltungen abgelehnt. Mit den Antragstellern stimmten die **Deutschnationalen** und die **Landvolkpartei.** Die Abgeordneten Schlange-Schöningen und Bauer nahmen an der Abstimmung nicht teil und **drückten sich somit um eine offene Stellungnahme herum.**

Das Ergebnis ist nicht überraschend, denn es war vorauszusehen, **daß die Sozialdemokratie weiterhin in Ehrfurcht dem „Diktator" Brüning zu Füßen fallen** würde. In Geschlossenheit hat sie durch ihr Ja zu dem Brüningschen **Hungerprogramm** ein Bekenntnis abgelegt, das ihr teuer zu stehen kommen wird. In gleicher Front mit den schwarz-roten Genossen fanden sich wieder die Herren vom **christlichen Volksdienst,** von den **Volksnationalen,** der **Wirtschafts-** und der **Volkspartei** zusammen.

Neben den Mißtrauensanträgen wurde auch der **Auflösungsantrag** der Nationalsozialisten mit 318 gegen 207 Stimmen abgelehnt unter dem Druck einer jämmerlichen Angst vor dem Gerichtsurteil des Volkes. **Aufgeschoben ist jedoch nicht aufgehoben.** Nichts, aber auch garnichts wird den Herren roter und bürgerlicher Färbung geschenkt werden. **Umso härter wird der Richterspruch des Volkes ausfallen.**

Aus den Parlamenten.

Nationalsozialistischer Mißtrauensantrag gegen die Reichsregierung.

Antrag Dr. Frick, Stöhr und Gen.

Der Reichstag wolle beschließen:

Die Reichsregierung Dr. Brüning besitzt nicht das Vertrauen des Reichstags.

Aussprache über die Not der Landwirtschaft.

Der **Haushaltsausschuß** des Reichstages setzte am Mittwoch die Beratung über den Haushalt des **Ernährungsministeriums** fort. Gegen die Stimmen der Nationalsozialisten und Deutschnationalen wurde beschlossen, einen Antrag über Bewilligung einer ersten Rate von 50 Millionen Mark zur Entschuldung der Landwirtschaft, erst im Zusammenhang mit den Osthilfefragen zu behandeln. **Abg. Pg. Schuhmann** begründete einen nationalsozialistischen Antrag, der die Beteiligung des Reiches an der **Landkultur A.G.** beseitigen sollte. Er leuchtete dabei scharf in die Geschäftsgebarung dieser Aktiengesellschaft hinein und brandmarkte sie rücksichtslos, so daß sich **Staatssekretär Dr. Heukamp,** der Vorsitzende des Aufsichtsrates, unter den angeführten Tatsachen nur so wand und die A.G. zu verteidigen versuchte. Dabei wies er auch die Behauptung zurück, er habe mit einem Kraftwagen der Landkultur A.G. seine Hochzeitsreise ausgeführt.

Weiterberatung Donnerstag.

Kleine Anfrage des Abg. Weinrich (NSDAP.)

Kleine Anfrage des Abg. Weinrich (NSDAP.)

Ich frage das Staatsministerium, welche Beträge die Preußische Staatsregierung für **Zucht- und Rennzwecke** den Rennstallbesitzern von Oppenheim, von Weinberg, von Haniel von den zur Hebung der Pferdezucht in den Etat 1930 gestellten Mitteln zur Verfügung gestellt hat?

Die NSDAP gegen die Zulassung ausländischer Landarbeiter.

Antrag Dr. Frick und Gen.

Der Reichstag wolle beschließen:

Die Reichsregierung zu ersuchen, für das Jahr 1931 und die kommenden Jahre keine ausländischen Landarbeiter mehr zuzulassen.

Sie sind gegen ihre eigenen Anträge!

Heute fand eine äußerst interessante Sitzung des **Steuerausschusses des Reichstages** statt. Auf der Tagesordnung standen die Anträge der Regierungsparteien einschl. der Sozialdemokratie auf Aufhebung der Mineralwassersteuer, insbesondere auf Aufhebung der Verordnung des Reichsfinanzministers über die **Einbeziehung des Milchkakao zur Mineralwassersteuer.** Von Bedeutung waren auch die Anträge der Sozialdemokraten und Kommunisten auf **Herabsetzung** der Umsatzsteuer für die Warenhäuser und Konsumvereine.

Gleich nach Eintritt in die Tagesordnung beantragte der Reichsfinanzminister, sämtliche Anträge abzulehnen, weil der Ausfall im Etat zu groß sei. Nun passierte etwas ganz Merkwürdiges. Dr. Föhr (Baden) von der Zentrumspartei stellte den Antrag, sämtliche Anträge nicht zu beraten, sondern zu vertagen. Dieser Antrag war von den Regierungsparteien (wozu auch die Sozialdemokraten gehören) und dem Landbund unterschrieben. **Abg. Rupp (NSDAP.)** nahm zu diesem Antrag Stellung. Er erklärte, daß es den Gipfelpunkt der Demagogie darstelle, wenn man Anträge einbringe, und dann im Ausschuß dafür sorge, daß diese Anträge überhaupt nicht behandelt werden. Die NSDAP. werde dafür sorgen, daß dieses Verfahren in der Oeffentlichkeit genügend gebrandmarkt wird. Um aber zu zeigen, daß die NSDAP. bereit sei, Geld in die Kasse des Reiches zu bringen, stellte er **den Antrag, die Warenhaus- und Konsumvereins-Umsatzsteuer zu verdoppeln.** Die Mittelparteien waren über diesen Antrag ganz starr, niemand sprach von ihnen zu diesem Punkt der Tagesordnung, nur die Sozialdemokraten und Kommunisten wandten sich gegen diesen Antrag. Von Interesse ist noch die Tatsache, daß es sich um Betriebe von einem Umsatz von über 1 Million Mark handelt.

Nach Ausführungen des **Pg. Linder** wurde der Antrag der Regierungsparteien mit 15 Stimmen angenommen.

Mehr kann man wirklich nicht verlangen.

Die Vernichtung der Rechte des Berufsbeamtentums.

Zum § 47 des **StGB.-Entwurfs hat die NSDAP.** den Antrag gestellt, diesen § 47 unter Berücksichtigung der Eingabe des Deutschen Beamtenbundes vom 17. 1. 1931 völlig zu streichen. Dieser Antrag ist mit der üblichen Mehrheit von 9 : 17 Stimmen abgelehnt worden.

Wieder ein weiteres Zeichen dafür, daß die Mehrheitsbildung nach wie vor fest geschlossen steht und in keiner Weise daran denkt, in irgend einer Form die berechtigten Forderungen des Berufsbeamtentums zu berücksichtigen.

Das sollte Grund genug für das Berufsbeamtentum sein, sich endgültig von den Mittelparteien zu lösen und klar und deutlich zu erkennen, daß die Behauptung dieses Berufsstandes mit dem Sieg des Nationalsozialismus auf das aller Engste und Unzertrennlichste verknüpft ist.

„Der Dank des Vaterlandes ist euch gewiß!"

Erst Kriegsopferfürsorge, dann Tribute.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages setzte sich **Abg. Pg. Oberlindober** nachdrücklichst für die **Kriegsopfer** ein. Er erinnerte an die Erklärung des Reichskanzlers Müller 1928, daß die Besserung des Loses der Kriegsopfer dem einmütigen Empfinden des deutschen Volkes entspreche. Auch Arbeitsminister Wissell habe 1928 eine Prüfung gefordert, ob man das Los der Kriegsopfer nicht bessern könne. Durch diese Aeußerungen von Ministern seien bei den Kriegsopfern Hoffnungen erweckt worden, die nicht erfüllt und zunichte gemacht seien.

Reichskanzler Brüning habe im Oktober v. Js. erklärt, daß alle Kreise Opfer bringen müßten. 1928 sei keine Rentenerhöhung für Waisen und Witwen und kein Ausgleich der Härten hinsichtlich der Zusatzrentner und der Erziehungsbeihilfen erfolgt. Im Jahre darauf seien von den vom Reichstag bereitgestellten 20 Millionen für Erziehungsbeihilfen fünf Millionen wieder eingespart worden. Die Kapitalabfindung für Erziehungsbeihilfen habe man damals eingestellt und zum ersten Male auch keine Winterbeihilfen eingesetzt. Das vergangene Jahr sei ein Jahr der Entrechtung gewesen. Weitere Drosselung der Kapitalabfindung und der berechtigten Ansprüche durch die Notverordnung, besonders denen gegenüber, die früher in gesicherten Verhältnissen gelebt hätten und erst jetzt durch die Not veranlaßt worden seien, Ansprüche zu stellen. Im neuen Haushalt sei die Kapitalabfindung praktisch ganz eingestellt, was mit der vom Kanzler angekündigten Ankurbelung des Wohnungsbaues durchaus nicht in Einklang zu bringen sei. Es scheine, als ob der Fiskus in erster Linie diejenigen opfern lasse, bei denen der geringste Widerspruch zu erwarten sei. Bei den Versorgungsuchenden sei allmählich der Glaube entstanden, daß die Spruchbehörden in Zweifelsfällen nicht nach dem Grundsatz „in dubio pro reo" verfahren, sondern nach dem Satz „in dubio pro fisco". **Die Verpflichtung den Kriegsopfern gegenüber stehe höher als die Erfüllung unsittlicher Tributverträge.**

Nach Erledigung des Versorgungshaushalts Vertagung auf Mittwoch, wo die Reste aus dem **Ernährungsetat** erledigt werden sollen.

197. Sitzung des Preuß. Landtages am 30. 1. 31.

Nachdem die Donnerstag-Sitzung des Preuß. Landtages bis abends ½11 Uhr gedauert hatte und wesentliche Momente in der Aussprache nicht hervortraten, begann heute das Plenum um 11 Uhr. Zu Beginn wurde ein neuer **Beisitzer in das Präsidium gewählt,** der **Abg. Müller-Fiernhagen** (Dtsch. Fr.).

Dann wurden Anträge zur **Aenderung der Hauszinssteuer** an den Hauptausschuß überwiesen.

Gegen die geplante Schließung der Reichsbahndirektion Frankfurt/Oder wendet sich ein Antrag, der an den Verkehrsausschuß überwiesen wurde.

Debattelos wurde die **dritte Beratung des Gesetzentwurfs** der Regierungsparteien erledigt, der die **Wahlzeit für die Landwirtschaftskammern um 6 Monate verlängern** will. Die Abstimmung wurde durch Auszählung vorgenommen, die 180 Für und 138 Gegen ergab. Mit der gleichen Mehrheit wurde die Vorlage endgültig verabschiedet.

Jetzt begann das Haus mit der **Einzelberatung** zu den drei Haushalten der **Landwirtschafts-, Domänen- und Gestütverwaltung,** in der die einzelnen Redner ihre Anträge begründeten. Es war für die Besprechung über die Titel der drei Haushalte eine Redezeit von 5 Minuten vorgesehen.

Man ging dann über zur zweiten Beratung des Wohlfahrtshaushalts, mit der eine Reihe von Anträgen des Hauptausschusses und mehrere Große Anfragen verbunden sind. Da der Minister und die Vertreter der einzelnen Ressorts noch nicht anwesend waren, mußte eine kurze Pause eingelegt werden.

Repräsentation der Republik und die Wildtrophäen der Staatswaldungen.

Kleine Anfrage des Abg. Kube (NSDAP.)

An die preußischen staatlichen Oberförstereien ist folgende Verfügung ergangen:

„Der Reichspräsident, der Preußische Ministerpräsident, der Minister für Landwirtschaft Domänen und Forsten, die Ober- und Regierungspräsidenten erhalten die selbst erbeuteten Geweihe, Gehörne, Haken und Gewehre und die auf der Balz erledigten Waldhähne unentgeltlich."

Bisher lautete die Verfügung:

„Der Kopfschmuck des erledigten Wildes und die auf der Balz erlegten Auer- und Birkhähne stehen dem Erleger zu, und zwar, wenn er preußischer Staatsforstbeamter oder Anwärter des preußischen Staatsforstdienstes ist oder von der preußischen Staatsforstverwaltung ausgebildet wird, unentgeltlich. Erleger, welche nicht Staatsforstbeamte oder Anwärter sind, haben für Geweihe, Gehörne und Hähne stets den festgesetzten Preis an die Staatskasse zu zahlen."

Die Preise sind sehr hoch. So kostet für dritte Personen ein Auerhahn 25 Mark, ein Birkhahn 12 Mark, ein Hirschgeweih je nach der Stärke bis 300 M., ein Rehbocksgehörn bis 50 Mark. Diese Preise werden auch von den Söhnen und Angehörigen der staatlichen Forstbeamten verlangt.

Der Herr Reichspräsident, der Herr Preußische Ministerpräsident und die übrigen in der neuesten Verfügung genannten hohen Beamten beziehen die größten Gehälter im ganzen Staat.

Ich frage das Staatsministerium:

1. Ist es angesichts der steigenden Not und Verzweiflung in unserem Volk bereit, von den Großgehaltsempfängern in Zukunft die doppelte Taxe für die in Staatswaldungen erbeuteten Trophäen zu verlangen und nicht ihnen diese Dinge kostenlos zu geben?

Ist es weiter bereit, dafür den kärglich besoldeten Forstbeamten die Trophäen frei zu überlassen?

2. Ist es dem Staatsministerium bekannt, daß der König von Preußen früher aus seiner Privatschatulle große Summen für Wildfütterungen gab?

3. Welche Summen für Wildfütterungen geben der Reichspräsident, der Preußische Ministerpräsident und die anderen in der Verfügung aufgeführten Persönlichkeiten für Wildfütterung?

4. Hat der Herr Reichspräsident von sich aus die Streichung jeder Gebühren für Jagdtrophäen in preußischen Staatsforsten verlangt oder hat der Herr Preußische Ministerpräsident dieses Geschenk von sich aus dem Herrn Reichspräsidenten angeboten?

Kommunistisches Gesindel in der Obernstraße.

Am letzten Sonnabend kam es morgens zwischen 11 und 12 Uhr anläßlich der Ueberführung der beiden Kommunisten Stucken und Eildermann aus dem Gefängnis am Ostertor zum Gefängnis Oslebshausen in der Stadt zu größeren kommunistischen Demonstrationen. Stucken und Eildermann sind auf Deputationsbeschluß hin nach Oslebshausen in sicheren Gewahrsam gebracht worden, weil sie sich in ihrer Freizeit im Auftrag Taubes mit der Betriebszellenorganisation auf der A.-G. Weser befaßt haben. Die Kommunisten legten besonderen Wert darauf, die Obernstraße unsicher zu machen. Vor allem hatten sie es auf unseren Zeitungsverkäufer abgesehen. Ueberall standen sie in Gruppen an den Straßenecken herum und brüteten Pläne aus. Schließlich war man mit etwa 200 Mann ja auch stark genug, um einen Angriff auf einen Zeitungsverkäufer wagen zu können. Während unser Zeitungsverkäufer ruhig auf- und abprotouillierte, nahmen die Kommunisten, unter denen sich auch Reichsbannerleute befanden, eine immer bedrohlichere Haltung an. Plötzlich zog einer der Strolche ein Messer, um auf unsern Zeitungsverkäufer loszugehen.

Durch das Erscheinen der Polizei und unserer inzwischen erschienenen S. A. wurde glücklicher Weise Schlimmeres verhütet.

Lohnkampf im Droschkengewerbe.

In harter und schwerer Zeit und aus Anlaß der Not unseres Berufes, hervorgerufen durch die marxistische Mißwirtschaft, wurde im November 1930 in Bremen die nationalsozialistische Berufszelle des Kraftdroschkengewerbes gegründet. Zweck und Ziel der Berufszelle ist, alle Kraftfahrer ohne und mit eigenem Wagen, zu einem gemeinsamen Kampf gegen Korruption und Schiebung zu vereinigen, Gegensätze innerhalb des Kraftdroschkengewerbes auszugleichen und an der nationalen Einigung unseres Vaterlandes mitzuarbeiten. Unser Kampf geschieht in Anlehnung an die NSDAP. (Hitler-Bewegung) und auf nationalsozialistischer Grundlage.

In einem sehr erregt gehaltenen Artikel betitelt „Aus der Gewerkschaftsbewegung" ergeht sich die Bremer Volkszeitung (Nr. 12 vom 15. Januar 1931) in Schmähungen gegen die Nat.-soz. Berufszelle des Kraftdroschkengewerbes Bremen. Man merkt an der ganzen Aufmachung des Artikels, daß das plötzliche Dasein der nat.-soz. Berufszelle der S.P.D. und ihren Organisationen völlig den Atem verschlagen hat.

Aus der verdrehten und verlogenen Auslegung unseres Aufrufes erkennen wir die Angst der SPD., daß ihren Organisationen das Recht der Tarifabschließung von uns genommen werden könnte.

Wie krampfhaft die SPD. sich bemüht, die Unterschrift ihrer Organisation unter den Tarifvertrag der Kraftfahrer zu bringen, geht daraus hervor, daß im Vorjahre der Verhandlungsleiter des Verkehrsbundes bei den Lohnverhandlungen erklärte, daß der Verkehrsbund auf jeden Fall den Tarif abschließen würde, ganz einerlei unter welchen Bedingungen. Als dann der Chauffeurverein „Hansa" einzugreifen versuchte, hat der V. V. alle seine Forderungen fallen lassen und den Tarif unterschrieben, der ihm vorgelegt wurde. Auch bei den jetzigen Lohnverhandlungen ist von Seiten des Verkehrsbundes die Erklärung abgegeben, daß er unter jeder Bedingung seine Unterschrift unter den Tarifvertrag setzen würde. Dies alles beweist, daß die SPD.-Organisation ihre Stellung bei den Kraftdroschkenfahrern erschüttert fühlt, und deshalb sucht sie auf Kosten der Leute, deren Interesse sie vertreten will, zum Vertragsabschluß zu kommen, lediglich um ihr Prestige zu retten.

Von den einzelnen Mitgliedern des Verkehrsbundes kann man auf die ganze Organisation schließen. Als ein Vertrauensmann des V. V. bei den letztjährigen Lohnverhandlungen durch sein krasses Auftreten seine Arbeit verlor, bettelte er bei einem Unternehmer um Arbeit und erklärte, seinen Vertrauensposten niederlegen und aus dem Verkehrsbund austreten zu wollen, wenn es gewünscht werde und sogar für nur RM. 25.— pro Woche arbeiten zu wollen. Außerdem erklärte derselbe Vertrauensmann in einer öffentlichen Versammlung des Chauffeurvereins „Hansa" für RM. 32.— arbeiten zu wollen. Und am Halteplatz sagte er, er würde unter jeder Bedingung arbeiten, und wenn er nur RM. 15.— die Woche bekäme. Ein anderer Vertrauensmann des Verkehrsbundes ließ sich bei den letztjährigen Lohnverhandlungen, als der letzte Tarifvertrag abgelaufen war, von seinem Arbeitgeber beurlauben, nur um nicht den Nottarif unterschreiben zu müssen, hetzte dann aber seine Kollegen gegen den Nottarif auf, die dadurch — bei Nichtunterschreiben dieses Tarifs — arbeitslos wurden. Er selber suchte sich also gegen das Risiko der Arbeitslosigkeit zu schützen.

Das sind Vertrauensleute des Verkehrsbundes, das nennt sich Arbeitervertreter! Auf der einen Seite stellen sie Forderungen, mit denen sie ihre Anhänger bluffen und auf der anderen Seite erklären sie unter jeder Bedingung zum Tarifabschluß kommen zu wollen. Es dürfte wohl ohne weiteres einzusehen sein, daß solches Verhalten nichts mehr mit einem wirklichen Schutz der Arbeiterinteressen zu tun hat. (Der jetzige Verhandlungsleiter ist außerdem ein Seemann, wie kann überhaupt ein Seemann für einen Kraftdroschkenfahrer einen Tarif abschließen?)

Von ca. 200 Kraftdroschkenfahrern sind ungefähr 15 im Verkehrsverein organisiert, man sieht, daß sie zum weitaus größten Teil vernünftige Menschen sind, die nicht jeden Quark, der ihnen vorgesetzt wird, essen.

Wir können nicht umhin daraufhinzuweisen, daß das Geschäft des Droschkengewerbes es nicht erlaubt, die vom Verkehrsbund geforderten Löhne zu zahlen. Durch die verkehrte Wirtschaftspolitik der Marxisten, nicht nur in Bremen, sondern im ganzen deutschen Reich ist das Droschkengewerbe auf den heutigen Tiefstand heruntergedrückt. (Und zwar durch unbegründete Ausgabe von Konzessionen und rücksichtslose Herabsetzung der Taxe.)

Im übrigen können wir dem Verkehrsbund die Versicherung geben, daß er im nächsten Jahr nicht seine Unterschrift unter den Tarifvertrag setzen wird. Für die Kraftdroschkenfahrer wird er dann tot sein. Er mag sich aber trösten, denn einer — der Bonze — wird ihm die Treue wahren und schmerzerfüllt an seinem Grabe singen: Verlassen, verlassen, verlassen bin ich!!

Au weih geschrien!

Veilchenfeld hat sich taufen lassen. Er überlegt stundenlang, wie er dieses immerhin bedeutende Ereignis seinem restlos jüdischen Personal mitteilen soll. Plötzlich hat er einen Einfall. Am nächsten Tage, als er ins Geschäft kommt, reißt er die Kontortür auf und ruft mit lauter Stimme:

„Guten Morgen — ihr Juden!"

Aus: „Die Zeitlupe".

Für den Inhalt verantwortlich Kurt Thiele, M. d R., Bremen
Druck und Verlag Ad. Ilsenee, Oldenburg. Fernsprecher 4134

Warenhäuser u. Konsumvereine sind die Totengräber des deutschen Volkes!!

Stadttheater.

Heute 14 Uhr: Geschloss. Vorstellung für auswärtige Schulen: **Undine.**
20 Uhr, 110. Ab.-V. Ende ungef. 22.45
In der erfolgr. Neueinstudierung:
Die verkaufte Braut
Komische Oper, Musik v. Friedr. Smetana
Donnerstag 20 Uhr, 111. Ab.-V. Ende ungef. 22.45.
In der neuen Inszenierung:
Das Käthchen v. Heilbronn
Dram. Schauspiel v. Heinrich v. Kleist
Freitag, 18 Uhr: geschl. Vorstellung für die Deutsche Bühne e. V.
Die Meistersinger von Nürnberg
Sonnabend, 20 Uhr, 112. Ab. V. Ende ungefähr 22.30
Das Mädchen aus dem goldenen Westen
Oper in 3 Aufzügen Musik v. C. Puccini
Sonntag, 15 Uhr 50. Nachm.-Vorst.
Rosen aus Florida
19.30 Uhr, 113. Ab.-V, Ende ungef. 22.45 Uhr
Don Juan

Gutschein Nr. 1
Der Vorzeiger dieses Gutscheines kann bei Aufgabe einer
Familien-Anzeige
in der Größe von 10 Zeilen 2spaltig, diesen bei Zuzahlung von 1 RM in Zahlung geben.
Dieser Gutschein ist gültig bis zum 28. Februar 1931.
Bremer Nat.-Soz. Zeitung
Anz.-Abt. Bahnhofstr. 26 II

VERKEHRSLOKAL der Nationalsozialisten
Ostbörse
Inh. E. Grützmacher
Vor dem Steintor 35.
National-soz. Zeitungen liegen aus.
ff. Biere! Solide Preise!

Bremer Land Radio
Schüsselkorb 32/33
Kompl. Radio-Anlagen
Sprechapparate
Schallplatten

Unsere Kinder-Tage



bieten Ihnen große Preisvorteile!

zum Beispiel:

Ia braun Rind-Box-Schnürstiefel Gr. 31—35 Mk. 9.50, Gr. 27—30 Mk. **8.50**

kräftiger Rind-Box-Schnürstiefel, bekannt gutes Fabr. Gr. 27-28 Mk. 6.25, Gr. 25-26 Mk. 5.75, Gr. 23-24, Mk. **5.25**

Unser Garantie-Stiefel, rein Leder, unverwüstlich, ist seit Jahrzehnten weit und breit bekannt. Am Lager in den Größen von 27 bis 47.

Schuhhaus Wachendorf
Ostertorsteinweg 49, beim Schauspielhaus

Stellengesuche

Buchbinder
Pg., sucht Arbeit gleich welcher Art. Angebote unt. P. 29 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Stellenangebote

Perfekte Stenotypistin
in Anfangsstellung sof. od. 1. März ges. Ang. unt. N. 31 a. d. Geschäftsstelle d. Bl.

Mobilmachung!!

Gegen Wohnungsnot u. Zinswucher!
Wir geben zinslos Geld für Hypoth.-ablös., Neubauten, Siedlungen, Hausk.
Bauspar A.-G. Bremen
Ausk.: Stadtkontor Altenwall 4 F. D. 23830 Gesch.: 9—12 u. 16—20 Sonnabends 9—14

Zu vermieten.
Möbl. Zimmer (5 Minuten vom Markt). Neustadt, Osterstraße 26 II.

Unterricht.
Engl. Unterricht (Auslandspraxis)
Hermann Ernst
Kölnerstraße 58.

Verschiedenes

Tiefgekühlte
Qualitäts-Vollmilch
aus eig. Viehhaltung tief. in Flasch. frei Haus (Preis pro Ltr. 30 Pfg.)
Parteigenosse
Kretschmar, Habenhausen

Nat. soz.
Buch- u. Zeitschriften
Vertrieb
Pelzerstr. 12/13 (i. Hause d. Parteigeschäftsstelle
Sämtliche nat.-soz.
Zeitschriften, Zeitungen, Bücher,
kauft der Nat.-Soz. nur hier!
S.-A.-Diensthemden und sämtl. S.-A.-Bedarf
stets am Lager.
Ortsgr. erh. Sonderrabatt.

Allgemeiner Deutscher Automobil-Club
Gau VI a Weser-Ems
Unsere Geschäftsstelle befindet sich ab 7. Februar 1931
Osterdeich 70
(Eingang Lüneburgerstrasse)
Fernruf Hansa 43100

Telefon D. 27585
Mühlenkaffee
Rösterei
Langenstr. 26 Pg. täglich frisch frei Haus

Warnung!

In Grohn-Vegesack **haben Schwindler ihr Unwesen getrieben,** indem sie Gelder angeblich für den Kampffond der N.S.D.A.P. u. die „Bremer Nationalsozialistische Zeitung" kassieren. Die Quittungen sind mit dem Namen Finkendey gezeichnet und orthografisch so falsch geschrieben, daß es Verwunderung erregt, wie überhaupt jemand auf einen so plumpen Schwindel hereinfallen kann. Wir teilen mit, daß unsere Beauftragten mit **ordnungsmäßigen Ausweisen** versehen sind. Außerdem sind wir ermächtigt mitzuteilen, daß eine Haussammlung für den Kampffond im Augenblick nicht durchgeführt wird. Wir warnen davor, Leuten ohne Ausweis irgendwelche Gelder anzuvertrauen.

B. N. Z. und N. S. D. A. P.
Ortsgruppe Bremen.

Bremer Nationalsozialistische Zeitung. 1. Beilage

11. Februar 1931

Hereinfall der politischen Dunkelmänner.

Ein Bericht unseres Abgeordneten Dr. Meyer (Westf.).

„Ich erhielt zu einer interfraktionellen Besprechung über die Aenderung der Geschäftsordnung des Reichstages eine Einladung für den 3. Februar 1930. Nach Rücksprache mit den Parteigenossen Dr. Frick und Stöhr nahm ich an der Besprechung teil, die um 7 Uhr im Reichstag angesetzt war. Zu der Sitzung, die der marxistische Reichstagspräsident Löbe leitete, waren, wie sich später herausstellte, lediglich die Erfüllungsparteien eingeladen. Es waren u. a. vertreten von der DVP. Kardorff und Morath, vom DL. Dr. Gereke, von der KV. Lambach, vom Zentrum Bell, von den Sozialdemokraten Dittmann und Breitscheid, von der Staatspartei Meyer. Ich wurde von Gereke zwar sehr argwöhnisch betrachtet, aber als Nationalsozialist nicht erkannt.

Behandelt wurde in der Besprechung der Antrag, der durch die Presse inzwischen bekannt geworden ist. Immer und immer wieder wurde betont, daß man den Antrag einbringe, um in erster Linie die radikalen Parteien in ihrer parlamentarischen Wirksamkeit zu beschränken und die unangenehme Opposition im Reichstage mundtot zu machen. Verschiedene starke Ausfälle gegen die „Nazis" überging ich mit Stillschweigen. Nach einer langen Diskussion, in der sehr oft zum Ausdruck kam, daß man mit diesem Antrag hart an Verletzungen der Verfassung grenze, wurde der Antrag zur Unterschrift vorgelegt. Löbe sagte, daß die Sache eilig wäre, da man den Antrag sofort in Druck geben wolle. Dr. Gereke (LV.) wollte seine Unterschrift noch von der Stellungnahme seiner Parteifreunde abhängig machen. Als ich unterzeichnen sollte, erhob ich mich und sagte: „Herr Präsident, ich danke Ihnen, daß Sie zu dieser äußerst interessanten Geschäftsordnungsdebatte nunmehr auch einen Nationalsozialisten eingeladen haben. Ich bedaure nur, daß dieses nicht schon früher erfolgt ist und daß ich infolgedessen nicht in Kenntnis der Vorbesprechungen bin."

Das Erstaunen, einen Nationalsozialisten unter sich zu haben, war grenzenlos. Löbe, der sich zunächst nicht fassen konnte, stotterte, daß sich die Vorbesprechungen auf demselben Geleise wie heute bewegt hätten. Als ich bat, mir die bisher ausgegebenen Unterlagen nachzuliefern, faßte sich endlich Löbe wieder und sagte, es handele sich mit meiner Einladung zu dieser Besprechung um einen Irrtum. Ich hielt ihm meine Einladung unter die Nase und sagte, daß ich vorläufig noch immer der Dr. Meyer-Westfalen wäre, und daß doch wohl kein Irrtum vorliegen könnte. Wenn es sich aber um einen Irrtum handele, dann bedaure ich sehr, daß man solche wichtigen Geschäftsordnungsdebatten in geheimen Sitzungen behandele. Ich könnte aber den hier versammelten Herren namens der NSDAP. sagen, daß sie niemals ihre Hand bieten würde zur Unterstützung von Anträgen, die offensichtlich eine neue Entrechtung der Volksvertretung bedeuteten und die, wie ja auch in der Sitzung ganz offen erklärt worden sei, nur dazu dienen sollen, die radikalen Parteien, besonders die NSDAP., mundtot zu machen.

Nach einer Zeit Stillschweigens faßte sich schließlich Herr Dittmann und sagte: „Nachdem Sie nun, Herr Dr. Meyer, sehen, daß es sich mit Ihrer Einladung um einen Irrtum handelt, dürfen wir Sie bitten, uns allein zu lassen, damit wir in unserer Beratung forfahren können". Ich erhob mich und sagte: „Gewiß meine Herren, ich überlasse die fernere Beratung gern Ihrer Geheimniskrämerei und empfehle mich mit einem „Guten Abend".

Es ist freilich schade, daß man nicht gesehen und gehört hat, was sich nachher noch begab.

Auch der Presse ist dieses köstliche Ereignis in die Glieder gefahren. Das hindert aber das jüdische „8-Uhr-Abendblatt" nicht, eine niederträchtige Schilderung voller Lügen und Entstellungen darüber zu bringen und sogar mit der großen Ueberschift zu versehen: „Meyer ohne Hakenkreuz schleicht sich in die gute Gesellschaft ein . . . ." Dieses Asphaltblatt der Reichshauptstadt hat die Frechheit, von einem groben Vertrauensbruch zu sprechen, der sogar unter Umständen als Betrug qualifiziert werden könnte" und von einer „Skrupellosigkeit einer vor nichts zurückschreckenden Taktik". Weiß dieses Lügenblatt wirklich nicht, daß Abg. Pg. Dr. Meyer-Westfalen eine ordnungsgemäße Einladung zu jener Sitzung erhalten hat? Gewiß weiß es das, trotzdem aber spricht es von einem „Einschleichen" unseres Parteigenossen. Man kann wohl der Oeffentlichkeit das Perfide und Niedrige einer solchen Kampfesweise eines Blattes überlassen, das sich noch immer erdreistet, sich im Kopf als „National-Zeitung" zu bezeichnen. Daß diese Zeitung jene Geheimsitzung als „gute Gesellschaft" betitelt, ist ein Scherz, der uns wieder etwas versöhnt.

Und der Erfolg der Rede? Eine für Dr. Brünings Politik geradezu katastrophale Abrechnung durch Dr. Goebbels. (Wir drucken Goebbels Rede ab!) Es war ja auch zu verlockend das, was Brüning sagte, einmal unters Seziermesser zu nehmen. Goebbels hatte einen ganz großen Tag. Die Abrechnung mit dem System Brüning war vernichtend. Der Kanzler konnte einem beinahe leidtun, so erregt und wütend saß er da. In einer Entgegenung, — im Zorn wird man etwas ungeschickt — tat Brüning das, was wir schon erwartet hatten, er zerriß die letzten Fäden, die noch einen Weg zur nationalen Opposition offen ließen. Und das ist gut so. Es ist bekannt geworden, daß im Zentrum in letzter Zeit so eine Art Palastrevolution war. Der linke Flügel, der Gewerkschaftsflügel, revoltierte und — hat gesiegt. Kaas und Brüning mußten nachgeben und rutschten nun noch sicherer nach links zur SPD. hinüber. Kaas zeigte das schon in Kassel in jener Rede, durch die er seinen Zentrumsleuten angelegentlich den Eintritt in das Reichsbanner Schwarz-rot-gold empfahl. Also Brüning handelte unter einem gewissen linksgerichteten Zwang, als er die Front klärte zwischen den Zerstörern des Reichs, den Erfüllungspolitikern und der nationalistischen Opposition.

Vielleicht auch trieb ihn der Gedanke zu diesem Tun, daß seine Regierung im Augenblick einen festen Rückhalt hat. Schon vor wenigen Tagen schrieben wir von der Volkspartei und den 300 Millionen Mehrersparnis, die sie von Brüning verlangte. Wir schrieben damals, wir könnten nicht glauben, daß die Volkspartei fest bleibe. Prompt ist sie wieder umgefallen und mit flatternden Fahnen ins schwarz-rote Lager gezogen.

Selbstverständlich ist es, daß die Anhänger der schwarz-roten Koalition die Brüningsrede über den Berg hoben. Die Judenblätter heulen Triumph. Was aber noch schlimmer ist, **das ist der Jubel der französischen Presse (!)** Die Rede Brünings hat in Frankreich „stärksten Eindruck" gemacht. Er habe mit einem Selbstvertrauen und einer Entschiedenheit gesprochen, die anzudeuten scheine, daß es mit der großen Zeit der Hitlerleute egndgültig vorbei sei, schreibt das „Echo de Paris", ein französisches, nationalistisches Blatt. Ja, aber zum Teufel! Der deutsche Reichskanzler soll sich doch nicht zum Büttel Frankreichs machen. Auch Brüning sollte wissen, was jeder national denkende deutsche Junge weiß: **„Werde ich vom Todfeinde Frankreich gelobt, dann habe ich etwas grundsätzlich falsch** gemacht." Aber das werden die Herren von heute nie lernen.

Erwartet man aber von Frankreich im Augenblicke des restlosen finanziellen Zusammenbruchs Kredite, die den Zusammenbruch zwar nicht aufhalten, sondern nur verzögern können. Dann muß auch schon mal eine solche Brandrede gehalten werden.

Die franz. Zeitung „Journee Industrielle" meldet, daß man vor dem Abschluß einer 32 Millionen Dollar-Anleihe stehe, dadurch daß ein amerikanisch-französisches Bankenkonsortium Eisenbahn-Vorzugsaktien der Angestellten-Versicherung diskontieren will, um „zur Erleichterung der finanziellen Schwierigkeiten Deutschlands" zu helfen. Armes Deutschland! Armer Dr. Brüning!

„Brüning gibt dem Reichstag eine Chance", triumphiert die jüdische Vossische Zeitung, „legitimen Einfluß auszuüben". — Das ist natürlich Quatsch. Immer dasselbe Schema: „Willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein". Der Reichstag nimmt an, oder er wird nach Hause gejagt. Ein zweites gibt es nicht. Zu sagen haben die Vertreter des Volkes nichts. Das ganze aber nennt man Demokratie und Parlamentarismus. Es ist Zeit, daß man den morschen Kram abbricht. Wenn Sie ein ehrlicher Demokrat sind, Herr Brüning, dann lösen Sie den Reichstag auf. **Das Volk mag entscheiden!**

Ein stürmischer Tag im Reichstag.

Dr. Brüning, der Reichskanzler, hält eine seiner bekannten Reden. Viel Worte, wenig Inhalt. Man erwartet von dem Führer der deutschen Politik zum mindesten genau umrissene Vorschläge, wie er denn sich die Errettung des deutschen Volkes aus der verderblichen Lage vorstellt, in die Marxismus, Zentrum und Liberalismus, das deutsche Volk in der jämmerlichen Zerstörungspolitik der letzten 12 Jahre hineingebracht hat. Nichts von alle dem! Das sollte eigentlich stets an der Spitze aller Reden neudeutscher Minister stehen: Wir d. h. unsere Parteien haben das Volk ins Elend gebracht. Wir erkennen, daß die Wege unseres politischen Tuns grundfalsch gewesen sind. Wir erkennen, daß neue Wege beschritten werden müssen. — Also Brünings Rede selbst, bei seiner Erregtheit, bei seinem wilden Zorn über die Opposition, nur recht mäßig. Inhalt: **„Tribute werden weiter gezahlt. Im Innern muß gespart werden. Dem Osten soll geholfen werden. Die Opposition soll durch eine Geschäftsordnungsänderung mundtot gemacht werden".**

Immunität?

Der Geschäftsordnungsausschuß des Reichstags hat die Immunität des Reichstags-Abgeordneten Heinz Spangemacher aufgehoben. Der Grund war bisher unbekannt. Es handelt sich um eine Privatklage wegen Beleidigung durch den Nordwestdeutschen Freiheitskämpfer. In Bremen hatte sich eine Zeitung unter dem Titel „Nationalsozialistische Neueste Nachrichten" aufgemacht, eine sogenannte wilde Zeitung, unter einem gewissen Jursch. Der Freiheitskämpfer nagelte dies unter der Ueberschrift „Politik in die eigene Tasche" fest und behauptete, es handele sich um ein Konjunkturgewächs unter Mißbrauch des Ausdrucks „nationalsozialistisch". Herr Jursch will nun scheinbar nicht an seinen eigenen Gewinn gedacht haben, stellt wegen dieses ungeheuren Geschehens Strafantrag, und der hohe Reichstags-Ausschuß hebt die Immunität Spangemachers auf. Wir haben auch nichts Wichtigeres zu tun, als uns mit solchem Kleinkram zu befassen.

Berliner Streiflichter.

R. T. — In Berlin wurde eine Straßensammlung für die „Berliner Winterhilfe" veranstaltet. Das jüdische „8 Uhr-Abendblatt" brachte dazu ein Bild, auf dem 2 Damen in Pelzmänteln zu sehen waren. Zwihnen ging ein Pudel, der eine Sammelbüchse im Maul trug. Diese Damen waren Frau Grzesinski (als „Daisy überall bekannt) und die Frau des Vizepolizeipräsidenten Dr. Bernhard Weiß, also Frauen prominenter „Arbeiterführer" der SPD. Pelzmäntel. SPD. und Großstadtelend gehö.ren eben zusammen, fragt sich nur, wann die, die im Elend sitzen, Schluß machen mit dieser sonderbaren Verbindung.

Der geheimnisvolle „Deutschlandbund", der vor Weihnachten den Herrn von Mücke gegen die bösen Nazis auftreten ließ, hatte jetzt wieder zu einer Sportpalastversammlung aufgerufen. Obwohl sogar Minister sprachen, war der Sportpalast nur zur Hälfte gefüllt. Unter den Rednern war auch der Sozialdemokrat Sollmann, der viel von der nötigen Reinigung des politischen Kampfes erzählte. — Schade, daß das Bremer Reichsbanner nicht zuhören konnte!

Die Asta-Wahlen an der Universität sind unmöglich gemacht worden, da der Polizeipräsident Grzesinski jegliche Propaganda außerhalb der Universität verboten hat und Kultusminister Grimme nichts eiligeres zu tun hatte als dasselbe Verbot für den Universitätsboden zu erlassen. Dieser Willkürakt zeigt am deutlichsten, welche Angst man vor dem Wahlergebnis hat bei den amtlichen Stellen. Im übrigen ist der Nationalsozialistische Studentenbund sehr dankbar für diese Propaganda, denn nun hat auch der schläfrigste Student gemerkt, wie es um die „Freieste der Republiken" bestellt ist. Auch Studenten können warten — bis auf den Tag!

Berlin bei Nacht.

Der Presseball im Spiegel der Blätter.

Am Sonnabend fand in den Gesamträumen des Zoo der diesjährige Presseball statt. Wir geben in folgendem eine Reihe von Auszügen aus Zeitungsberichten wieder ohne jeden Kommentar. Den werden sich die deutschen Youngarbeiter und die Millionenheere der Arbeitslosen selbst denken.

„Diesmal war der Presseball, bei allem Amüsement der vielen Tausend Menschen in den strahlenden Zoosälen, eine ernste Sache — wenn man zwischen zwei Gläsern Sekt, den Zeitpunkt des Festes näher bedachte".

*

„Festliche Nacht, schöne Nacht — Nacht heitersten Vergnügens, Nacht auch der schönsten Frauen von Berlin, Saal für Saal. Nacht sorglos verbracht in Lachen und sprühendem Gespräch, um von anderen die Sorge zu nehmen, die grau durch die Zeit schleicht."

*

„Die Kellner eilen — Pfropfen knallen. Und überall herrscht Wohlgefallen.
Man pokuliert, und man soupiert —
Der Flirt gedeiht, der Tanz grassiert".

*

„Reichskanzler Dr. Brüning, Vizekanzler Dr. Dietrich, die Reichsminister Dr. Wirth, Dr. Groener, und von Guerard, die Staatsminister Dr. Schmidt und Dr. Grimme, die Staatssekretäre Dr. Doel, Dr. Trendelenburg, von Bülow, Dr. Meißner, Dr. Pünder, Dr. Zweigert, Dr. Weismann, Dr. Abegg (alle einfach, aber geschmackvoll in Frack und Lack gekleidet)."

*

„Man tangot, walzt, stept one und two,
Und Guttmann macht Musik dazu,
Und Mitja Nikisch dirigiert".

*

„Der Reichskanzler unterhielt sich mit seinen Ministern betont unpolitisch, die Rektoren trugen wieder mit Heroismus ihre schweren Ketten, im Hintergrunde ließ Alfred Braun vor dem Mikrophon die sanft-dämonischen, suggestiven Reize seiner Stimme spielen . . ."

„Sonstige Prominente: Gesandter Dr. Frank, Bürgermeister Dr. Scholtz, Polizeipräsident Grzesinski, Polizeioberst Heimannsberg".

*

„— das muß man gesehen haben, das ist sonst nicht zu sehen, das gibt es eben nur auf dem Presseball".

*

Ja — **„die sozialen Wunden müssen offengehalten werden".** Nicht wahr, Herr Grzesinski?

Beim Ausbleiben der Zeitung

oder bei verspäteter Zustellung derselben bitten wir, sich

sofort an den Briefträger

oder beschwerdeführend an das zuständige Postamt zu wenden. Erst wenn dies keinen Erfolg hat, soll eine Mitteilung an den Verlag erfolgen, der dann das Weitere veranlassen wird.

Die Vernichtung der Rechte des Berufsbeamtentums.

Zum Paragraph 47 des Str. G. B.-Entwurfs hat die NSDAP. den Antrag gestellt, diesen Paragraphen 47 unter Berücksichtigung der Eingabe des Deutschen Beamtenbundes vom 17. 1. 31 völlig zu streichen. Dieser Antrag ist mit der üblichen Mehrheit von 9:17 Stimmen abgelehnt worden.

Wieder ein weiteres Zeichen dafür, daß die Mehrheitsbildung nach wie vor fest geschlossen steht und in keiner Weise daran denkt, in irgend einer Form die berechtigten Forderungen des Berufsbeamtentums zu berücksichtigen.

Das sollte Grund genug für das Berufsbeamtentum sein, sich endgültig von de nMittelparteien zu lösen und klar und deutlich zu erkennen, daß die Behauptung dieses Berufsstandes mit dem Sieg des Nationalsozialismus auf das allerengste und Unzertrennlichste verknüpft ist.

Ein Landbundführer über die Schiele-„Erfolge"!

Der Vorsitzende des Pommerschen Landbundes, Herr von Rohr, Haus Demmin, schreibt im „Tag" vom 23. Januar 1931 unter der Ueberschrift „Schiele-Tragik" u. a. folgendes:

„Die von Schiele angewandten Mittel — so das Brotgesetz — waren (wie von uns jedesmal gesagt!) wirkungslos und kosteten oft noch — so die Roggenstützung — dem Reich ein unheimliches Geld. Auch das, was jetzt schließlich an Roggenbeimischung gekommen ist, ist so unkontrollierbar und lückenhaft (Auslassung der Brötchen), als wenn man die Mißerfolge geradezu gewollt hat.

Es wundert einen auch nicht mehr, daß der Minister nun die Verantwortung auf den Landwirt schiebt und ihm rät, statt Roggen Weizen zu bauen, der auf den Roggenböden des Ostens nicht wächst, oder Hülsenfrüchte, die einen noch schlechteren Preis haben als Roggen.

Das schlimmste ist aber, daß — nach seiner Rede vor dem Untersuchungsausschuß — der Minister Schiele noch heute anscheinend von der Richtigkeit seiner Politik überzeugt, also seinen Weg der Erfolglosigkeit weiterzuschreitet, entschlossen ist.

Diese Absicht gewinnt gerade in diesen Tagen eine verhängnisvolle Bedeutung. Eine neue — die wievielte? — Notverordnung steht bevor. Soll auch diese wieder, wie die vergangenen, den Stempel Schielescher Arbeit tragen? — Ein neues Jahr ist angebrochen. Soll auch die Verwertung der neuen Ernte wieder von einer Serie gebrochener Preisversprechen begleitet sein?

Es wird dringend, daß die Führung der Landwirtschaft sich an Schiele vorbei den Weg zum Kanzler bahnt, damit es diesem nicht mehr möglich ist, die verhängnisvolle Politik der Reichsregierung damit zu verteidigen, daß man ja alles täte, was der „Vertrauensmann der Landwirtschaft" forderte. Der Kanzler muß wissen, daß Schiele der Vertrauensmann der Landwirtschaft nicht mehr ist."

Wir Nationalsozialisten haben dem nichts mehr, höchstens nur das eine hinzuzufügen, daß es nicht ausreicht, daß „die Führung der Landwirtschaft sich an Schiele vorbei den Weg zum Kanzler bahnt". Auch dieser Weg wird der Landwirtschaft nichts nützen. Wir fordern: Nicht nur hinweg mit Schiele, sondern hinweg mit dem ganzen System.

Nationalsozialisten im Landbund.

In der Ostpriegnitz wurde der nationalsozialistische Bauer Wendt zum Vorsitzenden des Kreislandbundes gewählt.

Der Kreislandbund Winzen hat den nationalsozialistischen Hofbesitzer Köster in den Vorstand gewählt.

Nationalsozialistischer Vorstoß.

Antrag auf Landtagsauflösung in Sachsen.

Dresden. Die Nationalsoz. Landtagsfraktion hat einen Antrag auf Auflösung des sächsischen Landtages eingebracht. In der Begründung heißt es, daß die Auflösung gefordert würde, weil die Zusammensetzung des Landtages nicht mehr dem Volkswillen entspräche.

Sport in der B. N. Z.

Oesterreich Europameister, Kanada Weltmeister im Eishockey.

Die Eishockeyspiele in Krynich um die Europa- und Weltmeisterschaft sind am Sonntag beendet worden. Die Europameisterschaft holte sich Oesterreich nach einem äußerst interessanten Spiel gegen Schweden. Nach etwa fünf Minuten des ersten Drittels konnte Lederer für Oesterreich das einzigste Tor des Tages erzielen und damit seiner Mannschaft den Titel sichern. Im Kampf um den dritten und vierten Platz standen sich Polen und die Tschechoslowakei gegenüber. Auch hier gab es sehr guten Sport. Das Treffen endete unentschieden 0:0. Durch das bessere Torverhältnis kam die Tschechoslowakei auf den dritten Platz.

Die Weltmeisterschaft holte sich im entscheidenden Treffen Kanada, das die Vereinigten Staaten von Nordamerika mit 2:0 hinter sich ließ. Im ersten Drittel stellte Dr. Watson die Führung mit 1:0 für Kanada her. Das zweite Drittel verlief torlos, während im letzten Spielabschnitt Morris für Kanada das Ergebnis auf 2:0 stellen konnte. Dadurch kamen die Kanadier auf 9 Punkte vor U.S.A. 8 Punkte, Oesterreich 4 und Polen, Tschechoslowakei und Schweden je 3 Punkte.

Deutsche Rodelmeisterschaften 1931.

Unter günstigen Bedingungen wurden am Sonntag die deutschen Rodelmeisterschaften 1931 auf Natureisbahn bei Wiesbaden ausgetragen. Deutscher Meister wurde Tietze-Brückenberg vor seinem Landsmann Weidler, während beide zusammen auch im Zweisitzer siegreich blieben. Bei den Damen holte sich Fräulein Winkler-Brückenberg den Titel. Ergebnisse: Damen: 1. Frl. Winkler-Brückenberg 2:55,4, 2. Frl. Altendorffer-Oberaufdorf 2:55,4; Herren: 1. Tietze-Brückenberg 2:36,5, 2. Weidler-Brückenberg 2:41,5, Zweisitzer: 1. Tietze/Weidler-Brückenberg 2:42,4.

Schwimmen:

Neuer deutscher Staffelrekord.

Eine neue deutsche Bestleitung in der Kraulstaffel stellte Niedersachsen-Münster auf. Die Mannschaft Haselmann-Peter-Schwarze-Krüger schwamm die Kraulstaffel (100, 200, 200, 100 Meter) in 7:14,9 und verbesserte damit die bisherige Bestzeit von München 99 um 5,1 Sek.

Am kommenden Sonntag veranstaltet Niedersachsen-Münster ein internationales Schwimmfest, an dem sich auch Holländer beteiligen werden, und zwar vom Oldenzaaler Schwimm- und Poloclub. Zu dem erwarteten Zweikampf Derichs-Schwarze wird es nicht kommen, da der Kölner noch immer erkrankt ist.

Turnen:

Hallensportfest der Bremer Turngemeinde. B.T.G. gewinnt den Vereinsmehrkampf.

Das erste Hallensportfest in Bremen, das am Sonntag von der Bremer Turngemeinde veranstaltet wurde, war gewollt in sportlicher als auch finanzieller Hinsicht ein voller Erfolg. Aus dem ganzen Kreise V der D.T. — leider waren Sportler nicht am Start — hatten sich die Kämpfer eingefunden und lieferten sich hartnäckige Kämpfe um den schlichten Eichenkranz. Die Organisation in der Halle klappte ausgezeichnet und bereits vor dem angesetzten Termin waren alle Kämpfe unter Dach und Fach gebracht, worauf die Siegerverkündigung erfolgte. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand ein Vereinsmehrkampf zwischen der Bremer Turngemeinde, dem Emder T.V., dem Oldenburger Turnerbund und dem M.T.V. 1875-Bremen, den sowohl bei den Frauen als auch Männern der gastgebende Verein für sich entscheiden konnte. In den Einzelwettbewerben dominierte bei den Herren in sämtlichen Konkurrenzen ebenfalls die B.T.G., während bei den Damen lediglich im Hochsprung ein erster Sieg mit Frl. Bohm nach Emden fiel.

Reitsport:

Oberleutnant Hasse auf Derby gewinnt das Barrierenspringen.

Das Hauptereignis beim Internationalen Berliner Reitturnier bildete am vorigen Montag das Barrierenspringen. 61 Teilnehmer nahmen an dieser schwierigen Prüfung teil. Als die Hürden von 1,70 Meter auf 2,00 Meter erhöht wurden, kam von den dreizehn noch strafpunktfreien Teilnehmern nur noch der ausgezeichnete deutsche Turnierreiter Oberleutnant Hasse auf Derby fehlerlos über den Kurs. Der Sieg wurde von den zahlreichen Zuschauern lebhaft begrüßt. — Der Preis vom Union-Club, eine Eignungsprüfung, fand ebenfalls starken Beifall.

Das Goldene Reiterabzeichen.

Folgenden sieben Offizieren wurde am Sonntag anläßlich des Berliner Reit- und Fahrturniers das Goldene Reiterabzeichen verliehen: Koch, Stein, Arendt, A. Köhler, Kellner, Schmidt und Löschmann.

Wintersport:

Rudern:

Masurenfahrt norddeutscher Schülerruderer.

Der Norddeutsche Schüler- und Jugend-Ruderverband veranstaltet im Juli eine vierzehntägige Wanderfahrt über die masurischen Seen in Gruppen von 4 bis 5 Booten. Die Reichsbahnzentrale und der Ruderverband unterstützen die Masurenfahrt durch Bewilligung besonderer Zuschüsse.

Motorsport:

Hanni Kohler zur Ostasienfahrt gestartet.

Die bekannte Motorsportlerin Hanni Kohler ist in aller Stille in Nürnberg zu ihrer Indienfahrt gestartet. Die Reise geht zunächst nach Triest, von dort aus zu Schiff nach Colombo, wo die eigentliche Idienreise beginnt.

A.D.A.C.-Winterkampfspiele.

Der Gau IX des Allgemeinen Deutschen Automobil-Clubs brachte am Sonnabend und Sonntag in Bad Flinsburg die Winterkampfspiele 1931 zur Durchführung. Am Sonnabend abend um 21 Uhr hatten sich bereits 105 Sternfahrer eingetragen, deren Zahl sich am Sonntag auf 322 erhöhte. Die weiteste Entfernung legte Rittergutsbesitzer Bobbert zurück, der aus Garmisch-Partenkirchen gestartet war.

Am Sonntag wurde dann in Verbindung mit den übrigen Wettbewerbern das Ifenberg-Rennen abgewickelt, zu dem 31 Motorräder und 14 Wagen starteten. Die schnellste Zeit des Tages fuhr der Breslauer Huth auf Norton mit 2:26,6. Die beste Zeit für Wagen erzielte Brudes-Breslau auf Bugatti in der Kennwagen-Klasse mit 2:29,8. Einige Stürze, die sich ereigneten, verliefen ohne wesentliche Unfälle.

Am Sonntag nachmittag wurden auf einer Rundstrecke interessante Skimotorradrennen statt.

Boxen:

Schmeling—Stribling im Juli in Cleveland.

Einem Telegramm Joe Jacobs aus New York zufolge soll der Weltmeisterschaftskampf Max Schmeling—Young Stribling nicht in Chikago, sondern in Cleveland vor sich gehen. Auch der Termin ist verschoben worden, der Kampf findet erst im Juli statt.

Sport und Sport ist zweierlei.

Es stimmte mit den 1000 Mark.

Der Pariser Club C.A.S.G. hat die Untersuchung im Falle der 1000 Mark-Forderung Ladoumeguß durch seinen Trainer Vitau für das Frankfurter Hallensportfest recht streng durchgeführt. Es stellte sich heraus, daß Vitaus Erklärung, er habe die 1000 Mark einschließlich vier weiterer Läufer des Clubs gefordert, nicht stimmte. Vitau wurde aufgefordert, aus dem Verein auszutreten.

Werbt in allen Versammlungen für die **„Bremer Nationalsozialistische Zeitung".**

„Es ist das Schicksal jeder Wahrheit, vor ihrer Anerkennung ein Gegenstand des Lächelns zu sein". Machiavelli.

Vom Film.

Tiere sehen Dich an.

Sonntagvormittags-Vorstellung im Europa-Palast.

„Mir verblieb im Umkreis des Alltäglichen ein schönes, inhaltsschweres Ziel: Ich sehe die Tiere an!" sagt Paul Eipper im Vorwort zu seinem in Verbindung mit Hedda Walther herausgegebenen Buch „Tiere sehen Dich an". Es ist das besondere Verdienst der Verfasser, dieses schöne Ziel durch den gleichnamigen Film der breiten Oeffentlichkeit nahe gebracht zu haben. Wir sahen in den letzten Jahren des öfteren Kulturfilme, die sich mit dem Tier befaßten, doch litten sie fast alle an einer etwas strengen Wissenschaftlichkeit. Ganz anders dieser Film, der am Sonntagvormittag im Europa-Palast lief: Wir sehen hier das Tier nicht als wissenschaftliches Betrachtungsobjekt, sondern wir lernten hier im Tier unsere „großen und kleinen Lebensbrüder" kennen. Die Leistung der „Darsteller" bewegte sich durchaus auf beachtlicher Höhe, zumal wenn wir bedenken, daß es ja alles „Amateure" sind. So lernen wir in bunter Reihenfolge die verschiedensten Tiere kennen: Den Wüstenkönig, das Känguruh, den weisen Marabu, viele Affenarten, daneben Tiere unserer Heimat, um nur einige genannt zu haben: am niedlichsten bei allen Arten die Tierkinder, von denen wir viele nette Bilder sahen. Alles in allem: Ein Film, den jeder Tierfreund gesehen haben muß, der aber vor allem auch der heranwachsenden Jugend und den Kindern empfohlen sei. Der Film wird am nächsten Sonntag, dem 15. Februar wiederholt, wir können ihn nicht warm genug empfehlen. Hb.

Konzert der Bremer Sängergilde von 1882 in der Union.

Am 6. Februar fand in der Union vor zahlreich versammeltem Publikum ein Konzert der Bremer Sängergilde von 1882 unter Leitung ihres bewährten Dirigenten Wefing statt. Die gesanglichen Darbietungen standen auf beachtenswerter künstlerischer Höhe und wurden von den Anwesenden mit großem Beifall aufgenommen. Der Solist des Abends, Günther Schulz-Fürstenberg, erwies sich in seinen Cellovorträgen als ein ausgezeichneter Beherrscher seines Instrumentes. „Tarantella" und „Elfentanz" v. Popper gelangen ganz vorzüglich. Etwas mehr Wert legen könnte der begabte Künstler auf seine Tongebung. S.

Bekenntnisse eines Geschichtslehrers von heute.

Gesammelt und mitgeteilt von Satiricus.

Die Spannungen in unserm öffentlichen Leben sind heute sehr groß, die Gemüter sehr erhitzt. Wissen Sie, da bin ich sehr tolerant und bin es auch immer gewesen. Man sollte heutzutage so weitherzig wie möglich sein. Was will man denn auch machen?

Ich bin und bleibe im Geschichtsunterricht stets objektiv. Sehen Sie, wenn ich heute etwa in der Weise entgleise, daß ich über den Kommunismus ein ungünstiges Urteil fällen muß und nun zu befürchten steht, daß ich „die Empfindungen Andersdenkender" laut Reichsverfassung verletzt habe, dann schaffe ich tunlichst das nächste Mal ein Gegengewicht und sage das Gegenteil des früher Gesagten. Ich denke doch, so kann mir niemand etwas wollen. (Zusatz des Berichterstatters: mitgeteilt als Gebrauchsmuster für Geschichtslehrer, die in Verlegenheit sind.)

. . . . Politik gehört nicht in die Schule. Ich halte mich ausschließlich an die Tatsachen und überlasse deren Bewertung und Auffassung den zünftigen Politikern. Geschichte ist vor allem dazu da, aus dem Lehrbuch regelrecht gepaukt zu werden. Ueberhaupt pauken. Sagte ich pauken? Jawohl pauken! Ich nehme allen Verächtern der edlen Paukkunst zum Trotz, die niemals gleich mir auf dem Paukboden gestanden haben, für mich den Titel Pauker als einen Ehrennamen in Anspruch. Im übrigen, seien Sie versichert, der alte Goethe (?) hat schon gesagt, Politik verderbe den Charakter. Wir können doch unmöglich unser im ganzen edles Schülermaterial einer solchen Verderbnis überliefern, wenn und wofern wir im Unterricht politische Kannegießereien treiben. Pfui Deibel (spuckt aus) . . .

(Ueberschrift: Rührende Bescheidenheit.)

Aus Bremen Stadt und Staat.

Republikschutzgarde schützt wieder mal die Republik.

Sonntagabend unternahmen in der Neustadt 20 Reichsbannerleute einen feigen Ueberfall auf einen nationalsozialistischen Schüler. Der Schüler stand bei einem Karussell und wurde zunächst von den Reichsbannerleuten angepöbelt. Dann traten sie an ihn heran und verlangten Herausgabe des Abzeichens. Da der Schüler sich weigerte, entrissen die Tapferen ihm das Abzeichen, das er unter dem Mantel trug und hetzten ihn außerdem noch durch eine Reihe von Straßen. Nach längerer Zeit gaben sie die Verfolgung auf.

Die Arbeitsmarktlage im Bez. Bremen.

41 564 Personen ohne Erwerb.

Bremen. Die Gesamtlage der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftslage hat sich während der Berichtszeit weiter rückläufig entwickelt. Mit ganz geringen Ausnahmen liegen in allen Berufsgruppen die Beschäftigungsverhältnisse sehr ungünstig. Größere Entlassungen aus den Großbetrieben wie A.G. Weser, Atlas-Werke A.G., Silberwarenfabrik A.G. u. a. belasten aufs neue den Arbeitsmarkt. In der keramischen Industrie stehen Entlassungen bevor. Von der Teilaussperrung im Holzgewerbe werden zirka 250 Tischler betroffen. Die Tabakfabriken stellten etwa 200 Arbeiterinnen aushilfsweise wieder ein. Gering aufnahmefähig zeigte sich auch die Süßwarenindustrie. Das Baugewerbe hatte eine etwas bessere Beschäftigung für Maurer. In allen anderen Zweigen des Baugewerbes lagen die Verhältnisse sehr schlecht. Die Landwirtschaft hatte einigen Bedarf an Knechten und Mägden für die Frühjahrsbestellung. Infolge des geringen Seeschiff- und Güterverkehrs konnte die Beschäftigung in den Häfen nicht befriedigen. Vermittlungen von Dauerstellen sind sehr selten. Die gespannte Lage auf dem Geld- und Kapitalmarkt lähmt die Wirtschaft und erschwert den Wiederaufstieg. Eine Belebung der Wirtschaft macht sich noch nicht bemerkbar. Der ungünstige Stand der Wirtschaftslage brachte wiederum ein Anwachsen der Arbeitslosenziffer, sowie der Unterstützungsempfänger. Die Zahl der Arbeitsuchenden stieg von 40 496 auf 41 564 oder um 1 068 = 2,5%. Der Zugang der Unterstützten in der Arbeitslosenversicherung einschließlich der Saisonunterstützten betrug 2359 von 19 879 auf 22 238 oder 10,6%. Krisenunterstützte wurden 6455 (5631) gezählt. Notstandsarbeiter waren 366 (205) vorhanden.

Das Hauptamt Bremen erfaßte 28 371 (27666) Arbeitsuchende und 13 340 (12 160) Unterstützte in der Arbeitslosenversicherung. In den Nebenstellen waren gemeldet in Aumund-Lobbendorf 5705 (5512) — 3231 (3186), in Delmenhorst 3744 (3819) — 1984 (2034), in Osterholz-Scharmbeck 1651 (1575) — 949 (925), in Achim 991 (928) — 777 (699), in Rotenburg 867 (765) — 741 (647) und in Zeven 235 (231) Arbeitsuchende und 216 (228) Unterstützte in der Arbeitslosenversicherung.

Nationalsozialistische Interpellation über das Auswanderungswesen.

Für Beibehaltung der Prüfungsstellen in Bremen und Hamburg.

Die nationalsozialistische Reichstagsfraktion hat, wie uns aus Berlin gemeldet wird, folgende Interpellation eingebracht:

„Das Reichsgesetz über Auswanderungswesen vom 9. Juni 1897 bestimmt in seinem § 34, daß die Auswanderer befördernden Schiffe vor Antritt der Reise einer Untersuchung über Seetüchtigkeit, Einrichtung, Ausrüstung und Verproviantierung durch amtliche von den Landesregierungen bestellte Besichtiger zu unterziehen sind. Zur Vornahme dieser Untersuchung hat man sich bisher seit vielen Jahren der zuständigen Landesbehörden in Hamburg und Bremen bedient. Jetzt verlautet, daß bei einer Neuregelung der Verhältnisse das Reichsverkehrsministerium von der bisher geübten und bewährten Praxis abweichen und die Seeberufsgenossenschaft mit der Wahrnehmung dieser Aufgaben betrauen will. Die Wahrnehmung dieser amtlichen Aufgaben durch eine von den großen Schiffahrtslinien abhängige, keinerlei amtlichen Charakter tragende Genossenschaft kann zu schweren Konflikten dieser Genossenschaft mit den Reedereien oder zur Pflichtverletzung der Angestellten führen. Die Maßnahme des Reisverkehrsministeriums wäre von vornherein dem größten Mißtrauen der Oeffentlichkeit ausgesetzt.

Wir fragen die Regierung:

Sind die bezeichneten Maßnahmen beabsichtigt, und, wenn ja, ist sie gewillt, von ihrem Vorhaben Abstand zu nehmen?"

Nat.-soz. Schülerversammlung.

Pg. Sell-Osnabrück spricht!

Für Sonnabend vergangener Woche hatte der National-sozialistische Schülerbund (NSSB) zu einer öffentlichen Schüler-Versammlung eingeladen, in der der stud. phil. Sell, Kreisleiter der Hitler-Jugend, Osnabrück, über „Nationalsozialismus, die Zukunft der Deutschen Jugend" sprach.

Trotz herrlichstem Winterwetter und trotz gleichzeitiger Schülervorstellung im Stadttheater füllten mehrere Hundert Schüler den großen Museumssaal. Den Ordnungsdienst versahen neben einigen abkommandierten S. A.-Leuten eine Abteilung Schüler im Braunhemd.

Pg. Sell ging in seiner Rede zuerst auf das Recht der Jugend auf Politik ein. Politik ist der Kampf um Freiheit und Brot der Nation, ist Dienst am Volke. Die Politik verdirbt nicht den Charakter, sondern im Gegenteil, sie erfordert Charakter. Die heutige Jugend steht zwischen 2 Welten: Entweder wird sie das neue Reich bauen, oder sie wird der letzte Zeuge einer absterbenden Welt bleiben. Die Jugend will nicht vierteljährlich Parteibeiträge bezahlen und alle 4 Jahre den Stimmzettel einer Partei geben, sie will kämpfen für Freiheit und Ehre des Volkes. — Die Revolte vom November 1918 war die klare Folge des liberalistischen Staates. Dem Zeitalter des Liberalismus wollen wir den Deutschen Sozialismus entgegenstellen; nicht Massenherrschaft, sondern Herrschaft der Leistung, nicht Herrschaft des Geldes, sondern des Blutes und der Rasse will die Jugend. Der Redner zeigte dann die tiefe Tragik der Arbeiterbewegung, deren Entstehung durch das Versagen des Bürgertums nur allzu berechtigt war, die dann aber vom Juden als Werkzeug für seine Zwecke benutzt wurde, und in der marxistischen Weltanschauung nicht anderes ist als die letzte Konsequenz des bürgerlichen Liberalismus. So entstand der Riß im Volke: Hie Proletariat, hie Bürgertum, und dazwischen stand der Jude und schürte auf der einen Seite den Klassenhaß, auf der anderen den Klassendünkel. Das Ergebnis brachte der 9. November 1918. Wir Nationalsozialisten hätten nichts gegen diesen 9. November, wenn er den sozialistischen Staat gebracht hätte. In Wirklichkeit wurde an diesem Tag die Nation zerbrochen um der Partei willen, der nationale und der sozialistische Gedanke wurden in gleicher Weise verraten. Wir wollen die beiden Fronten Proletariat und Bürgertum zusammenschweißen zu der Deutschen Not-, Brot- und Schicksalsgemeinschaft. Wir wollen Marxismus und Bürgertum überwinden, um zur neuen Weltanschauung des Nationalsozialismus zu kommen. Die Jugend fordert nicht Ruhe und Ordnung, sondern sie will die Entwicklung aller Kräfte zur Selbstbehauptung des Volkes. Die Jugend will nicht den Weg der widerstandslosen Versklavung gehen, sondern Seite an Seite mit dem Frontsoldaten geht sie den Weg der Mannhaftigkeit. „Freiheit und Brot sind nicht für Faule und Feige und so betet die Jugend nicht: Herr mach uns frei!, sondern:, Herr segne unsere Waffen."

An der Aussprache beteiligte sich je ein Vertreter des Freien sozialistischen (marxistischen) Schülerbundes und der Kommunistischen Jugend-Internationale. Sie konnten beide nur die Phrasen und Lügen ihrer Bonzen nachreden, wofür sie die Heiterkeit der Versammlung ernteten. Beifall fand der Sozialdemokrat nur einmal, als er erklärte, er würde die neuerstandene Republik mit allen Mitteln bekämpfen, was sich allerdings als ein Versprechen herausstellte.

Nach einem kurzen Schlußwort des Pg. Sell, in dem er den Marxisten die Antwort nicht schuldig bli eb, schloß die Versammlung mit einem Heil auf den Führer Hitler und dem Horst-Wessel-Lied. Lux.

Bernhard Leiber als maitre de plaisir!

Er unterstützt die Doppelverdiener in Bremen und verdonnert sie in Hannover.

Im sozialdemokratischen Organ der Stadt Hannover dem „Volkswillen" lesen wir unter dem 1. Febr. d. J. folgendes:

Wohltätigkeitsfeste für notleidende Künstler.

Man schreibt uns:

Die Tageszeitungen werben in letzter Zeit für eine Wohltätigkeitsveranstaltung zugunsten der notleidenden Künstler. Die Not ist zweifellos sehr groß. Darüber soll man sich auch nicht wundern. Bei fast fünf Millionen Arbeitslosen in Deutschland darf diese Tatsache wirklich nicht wunder nehmen. Hier wird ganz klar einmal nachgewiesen, wie die Kunst vom Wohlstand eines Volkes abhängt. Alle Künstler, ganz gleich, ob Musiker, Maler, Schriftsteller usw., teilen das gleiche Schicksal.

Nun soll den nptleidenden Künstlern geholfen werden durch Wohltätigkeitsveranstaltungen. Ist das der richtige Weg? Nein! Es wird in keinem Beruf soviel „schwarz gearbeitet" als bei den Künstlern. Die Bühnenkünstler tingeln in allen möglichen Vereinen und Gesellschaften für Taschengeld. Das sind also die Künstler, die sich in diesen Wohltätigkeitsveranstaltungen so äußerlich hilfreich betätigen. Auf der anderen Seite schaden diese Künstler dem notleidenden Kollegen durch die Fortnahme solcher Engagements. Darum wird mit Recht überall der Ruf laut: „Fort mit den Doppelverdienern!" Der freie Künstler weiß mitunter nicht, wo er sich morgen satt ißt, während die festangestellten Bühnenkünstler für Jahre dieser Sorge enthoben sind. Tüchtige Kräfte sind heute gezwungen, die Hände in den Schoß zu legen, die Wirtschaftslage fordert diese Not! Aber kein Mund wagt diesen festangestellten Künstlern einmal das notwendige „Halt" zuzurufen. Es geht einfach nicht mehr so weiter. Es ist Unsinn, Wohltätigkeitsfeste zu geben und dann vorher und hinterher dem notleidenden Künstler die Arbeit zu nehmen. Darum keine Wohltätigkeitsfeste für die notleidenden Künstler, sondern ihr sorgenfreien Künstler entsinnt euch eurer menschlichen, eurer moralischen Pflicht: verzichtet endlich einmal auf die ewige Tingelei! Das wäre mehr als Wohltätigkeit, das ist Notwendigkeit. Oder muß erst die Regierung durch Gesetze Ordnung schaffen? Beinahe scheint es so! Man darf begierig auf die Behandlung des Antrages der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sein, der den Doppelverdienern das Handwerk legen soll. Aber die notleidenden Künstler brauchen keine Wohltätigkeitsfeste, wenn ihnen die wenige Arbeit nicht von Doppelverdienern genommen wird.

Man sollte nun meinen, daß das was die Sozialdemokraten Hannovers verurteilen, auch von den Bremer Genossen so behandelt würde. Aber weit gefehlt. Oder sollte es der Rabulistik eines Bremer Gewerkschaftsbonzen gelingen, uns den Gegenbeweis zu erbringen? Folgendes sind Tatsachen:

Die Bremer Gewerkschaftsbürokratie plant zum 28. Februar d. J. einen gemütlichen Abend, natürlich für sich, denn die notleidenden, erwerbslosen Verbandskollegen schwelgen ja das ganze Jahr in Gemütlichkeit. Na, und um der Gemütlichkeit den Stempel aufzudrücken (bitte aber nicht mit dem Arbeitslosenstempel zu verwechseln) hat sich das hochwohllöbliche Festkomitee die Herren Schmidt und Kastner vom hiesigen Stadttheater verschrieben, die schon seit Jahren das lustige Reportoire solcher Gewerkschaftsabende ausmachen. Man zahlt gut als Gewerkschaftler, für je 20 Minuten je 50 Mk. macht 2.50 Mk. pro Minute. Oh ja, das können sich die Herren noch so nebenbei leisten, abgesehen von den 20 Pfg.-Suppen für arbeitslose Alleinstehende. Für diese 100 Mk. könnte man rund 350 Suppenportionen austeilen. Na ja, geistige Suppen sind manchmal auch nötiger, als körperliche, so denkt und empfindet auch Herr Leiber als Arrangeur des Ganzen. Darauf aufmerksam gemacht, daß es in Bremen auch arbeitslose Künstler in Menge gibt, die gern für einen Bruchteil des genannten Honorars ihre Kräfte zur Verfügung stellten, sagt dieser typische Arbeitervertreter „Ich will gar keinen anderen haben!" Also handelt dieser Gewerkschaftsbeamte nach seiner Auffassung im Sinne der Parole seines Hannoverschen Parteiblattes: Fort mit den Doppelverdienern! Wir würden einen derartigen Verstoß gegen die Losungen der Partei und Gewerkschaft nicht so besonders gebrandmarkt haben, wenn es sich nicht um die Linderung des Loses von vielen darbenden arbeitslosen Künstlern handelte, die wahrlich eine andere Behandlung verdienen. Melde also jeder dem Arbeitsamt den Bedarf an Künstlern und zwar Musiker-Abteilung, er wird in jeder Hinsicht zufriedengestellt werden und die Genugtuung empfinden, daß sein Geld an die richtige Adresse kommt und Segen stiftet. A. S.

NSDAP Bremen.

Geschäftsstelle: Pelzerstraße 12/13.
Fernsprecher: Domsheide 20 012.
Geschäftszeit: 8.30 bis 20 Uhr durchgehend.
Postscheckkonto: Hamburg 79 121 Wilh. Mohrmann.
Ortsgruppenleiter: Pg. Kurt Thiele, M. d. R. (ist nur nach vorheriger Anmeldung nachmittags von 16.30 bis 18.30 Uhr zu sprechen.)

S.A. (Sturmabteilung).

Geschäftsstelle: Pelzerstraße 12/13.
Fernsprecher: Domsheide 20 012.
Geschäftszeit: 10 bis 14 und 16 bis 20 Uhr.
Sonnabends von 10 bis 14 Uhr.

Spielmannszug.

Kameraden, die Interesse am Spielmannszug haben und sich als Trommler und Hornisten (Pfeifer) zur Verfügung stellen wollen, melden sich auf dem Sta II Geschäftszimmer. Sta II, Bremen.

H.J. (Hitler-Jugend).

Geschäftsstelle: Simonstraße 25 II.
Fernsprecher: Roland 9980 (Früchtenicht).
Sprechst. des O.G.F. Sonnabend nachm. 17—19 Uhr.

N.S.S. (Nationalsozialistischer Schülerbund).

Geschäftsstelle: Pelzerstraße 12/13.

In nächster Zeit wird der N.S.S. eigene Räume beziehen. Ein größeres Versammlungszimmer wird dabei sein. Zur Einrichtung der Räume werden eine Anzahl Möbel benötigt, insbesondere Stühle, Tische etc. Wir bitten die Freunde unserer Bewegung, solche uns zur Verfügung zu stellen und Mitteilung hierüber nach der Geschäftsstelle der N.S.S. gelangen zu lassen.

B.N.Z. (Bremer Nationalsozialistische Zeitung).

Geschäftsstelle: Bahnhofstraße 26 II.
Fernsprecher: Domsheide 25 878.
Geschäftszeit: 8.30—13 und 15.30—20 Uhr.
Postscheckkonto: Hamburg 74738.
Bankkonto: Sparkasse in Bremen.

Versammlungen.

Mitgliederversammlung.

Am 20. Februar 1931 findet die nächste Mitgliederversammlung im großen Centralhallen-Saal statt. Das Hauptreferat hält der Reichsorganisationsleiter des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes Pg. Reinhard Sunkel, Berlin. Beginn 20.30 Uhr.

Zum ersten Teil der Mitgliederversammlung sind Gäste willkommen. Nach Schluß des Vortrages dürfen nur noch Mitglieder anwesend sein. Ausweise sind vorzuzeigen.

Schulungskurse über die Lehre des Marxismus.

Es wird in der nächsten Zeit ein Schulungskursus über den Marxismus abgehalten werden. Er besteht voraussichtlich aus drei aufeinander folgenden Abenden. Die Teilnahmekosten betragen 1 RM.

Anmeldungen für diesen Kursus bitte ich auf der Geschäftsstelle bis zum 23. Februar 1931 abzugeben.

Nach erfolgtem Meldeschluß werden nähere Einzelheiten bekannt gegeben. Diese Schulungskurse sind Pflichtdienst für sämtliche Funktionäre.

Der Organisationsleiter.

Öffentliche Versammlung.

Die nächste öffentliche Versammlung findet am 27. Februar 1931 statt. Redner: Dr. Albrecht, M. d. R., kommissarischer Gauleiter von Mecklenburg.
Versammlung am 15. Februar im Blockland.
„ am 16. Februar in Borgfeld.
„ am 17. Februar in Oberneuland.
Redner für alle drei Vers. Pg. Teich, Hannover.

Deutscher Frauenorden

trifft am 18. Februar in der Geschäftsstelle der N.S.-D.A.P. um 8½ Uhr wieder zusammen.

Es wird gebeten, für notdürftige Kleidungsstücke in der Geschäftsstelle, Pelzerstraße, abzugeben.

Ortsgruppenführer des Landgebietes.

die Konzerte der Musikabteilung der N.S.D.A.P. Bremen wünschen, wollen gefl. das Parteibüro, Pelzerstraße 12/13 benachrichtigen.

Pfarrer a. D. L. Münchmeyer, M. d. R. in Aurich (Ostfr.)

Nachdem sich unser Pg. Münchmeyer trotz seiner Immunität dem Gericht in Aurich freiwillig gestellt hatte, entgegen den Lügenmeldungen der hier erscheinenden „Ostfriesischen Nachrichten" (das amtliche Organ!!!), die behaupteten, er würde zwangsweise vorgeführt, sprach er hier in einer Massenversammlung. Keine Partei hat bisher hier auch nur den vierten Teil der Besucherzahl aufweisen können. 2000 Besucher! Ein großer Teil kehrte sogar wieder um, weil sie sich nicht rechtzeitig eine Karte besorgt hatten. Wegen einiger Vorkommnisse in letzter Zeit, wo Marxisten mit jüdischem Geld bezahlt, eine Versammlung hier vereitelt hatten, sah sich der Ortsgruppenführer veranlaßt, den Unkostenbeitrag auf eine Mark zu erhöhen. Trotz dieser Maßnahme strömte es nur so zu dem Versammlungslokal. Die Einleitungsworte sprach Pg. Rechtsanwalt Dr. Korn-Hamburg. Dann ergriff Pg. Pfarrer a. D. Münchmeyer das Wort zu längeren Ausführungen. Unter stürmischen Heilrufen betrat er das Podium, oft unterbrochen von anhaltenden Beifallskundgebungen, erklärte er der begeisterten Masse unser Programm. Im Schlußwort sprach dann noch kurz Pg. Rechtsanwalt Dr. Reiter-München über Rechtsfragen. Alle drei Redner ernteten reichen Beifall und haben uns in Ostfriesland um ein gutes Stück vorwärts gebracht. K.

Ein Schwerverbrecher

ist nach einem Bericht des „Emder Volksboten" unser Pg. Landwirt Groeneveld in Bunderhee. Das Mozerblättchen bringt unter der Ueberschrift „Tariflohn zahlt kein Nazimann" mit großem Wortschwall ein Vorkommnis derart verdreht und verbogen, daß wir es nicht unterlassen wollen, die Sache richtigzustellen. Wir erwarten keineswegs von dem Genossen Mozer eine Berichtigung, denn diese würde nicht in seinem Interesse sein.

Der Sachverhalt ist folgender: Der Arbeiter Hinders war vor einigen Jahren auf dem Dorfwerk in Edewecht beschäftigt. Mit einer schweren Lungenerkrankung kam er zurück und wohnte alsdann in der Nachbarschaft unseres Pg. Groeneveld. Letzterer hat den Kranken mit Milch und Eier wieder hochzubringen versucht. Da das Leiden aber chronisch war, wurde Hinders „invalide" und bekam eine entsprechende Rente. Da diese bekanntlich nicht zum Leben ausreicht, bat Hinders den Pg. Groeneveld, ihn doch mit leichten Arbeiten zu beschäftigen. Als Lohn erhielt er zu Beginn der Arbeit 30 Pfg., dann 35 Pfg. und schließlich 40 Pfg. die Stunde. Den vollen Tariflohn von 50 Pfg. bekam Hinders deshalb nicht, weil er invalide und nur beschränkt arbeitsfähig war. Für den Ausfall bekam er ja seine Rente. Pg. Groeneveld beschäftigt mehrere Leute, die Tariflohn bekommen, dafür aber volle Arbeit leisten. Es wäre eine Ungerechtigkeit gewesen, den minderleistungsfähigen Rentenempfänger wie letztere zu entlohnen. Hinders schrieb selbst im Spätherbst 1929 an die Landesversicherungsanstalt Hannover:

„. . . . ich bin nicht in der Lage, schwere Arbeiten wie Mähen, Sichten, Getreideeinfahren, Bestellungsarbeiten zu verrichten und komme nur für ganz leichte Stall- und Hofarbeiten, wie sie von Frauen und Kindern ausgeübt werden, in Frage . . . Mein jetziger Arbeitgeber beschäftigt mich aus Mitleid. Der mir gezahlte Lohn entspricht nicht meiner Leistung, da ich nicht ein Drittel dessen erwerben kann, was körperlich und geistig gesunde Personen verdienen können."

Trotzdem unser Pg. Groeneveld den Hinders aus Mitleid aufgenommen und dieser nach seinem eigenen Eingeständnis nur Kinderarbeit leisten konnte, wurde er auf Zahlung des vollen Tariflohns vom Landarbeiterverband verklagt, ohne daß vorher überhaupt die Lohnfrage behandelt wurde. Das Arbeitsgericht verurteilte unsern Pg. Groeneveld zur Zahlung des vollen Tariflohnes, weil in der Lohnvereinbarung steht: „Auf den Vollarbeitslohn haben Anspruch alle männlichen Personen über 20 Jahre". — Ob man also 20 Jahre oder 90 Jahre alt, krank oder gesund, arbeitsfähig oder unfähig, verrückt oder normal ist, einerlei, jeder bekommt denselben Lohn, selbst dann, wenn er behördlicherseits als „invalide" anerkannt und Renten bezieht. Ein eigenartiger Standpunkt, der mit dem Leistungsprinzip nichts gemein hat. Wir werden ja sehen, was das Berufungsgericht sagt.

Das Urteil können wir jedem, Arbeitnehmer und Arbeitgeber, getrost überlassen.

Man muß solche Hetze nur niedriger hängen.

Schönheitsfehler am Sowjetparadies.

Wie das „Berl. Tgbl." (614) berichtet, sind in der Sowjetindustrie bedenkliche Leistungsverminderungen festgestellt worden. Die Bergwerke im Ural z. B. sind vollkommen zurückgeblieben, ebenso das Kohlenrevier des Donez-Beckens. Um die Arbeiter vorwärtszupeitschen, hat man zu scharfen Disziplinverordnungen gegriffen. Durch Presse und Rundfunk werden in Form von „schwarzen" Tabellen täglich die Namen der zurückbleibenden Werke und ihrer verantwortlichen Leiter, in „roten" Tabellen dagegen die zufriedenstellend schuftenden Fabriken veröffentlicht. Die Leiter der „zurückgebliebenen" Werke, soweit sie nicht gekillt werden, müssen sich am Moskauer Sender verantworten — eine Sendung übrigens, die sicherlich nicht nach Deutschland gefunkt wird. Der Leiter einer großen Metallfabrik meinte, die Zufuhr von Lebensmitteln sei katastrophal; Kleider und Schuhe seien überhaupt nicht zu erhalten; bei Krankheiten fehle jede ärztliche Hilfe. — Das alles meldet das Berl. Tgbl. Wir hatten uns ein Paradies eigentlich etwas anders vorgestellt.

Tretet ein in die SA.

Aus Emden.

Verantwortungsbewußtsein, Verantwortungslosigkeit.

V.

Jaffa & Levin.

Man hat vor einigen Tagen auf dem Emder Rathause **hinter verschlossenen Türen** in auserlesenem Kreise der Stadtparlamentarier über den Revisionsbericht der Treuhandstelle des Giro-Verbandes verhandelt. Den Vorsitz führte dabei der Ordnung halber der Regierungspräsident Jan Berghaus. Da wir an dem ganzen Stadtparlamentszauber nicht beteiligt sind, waren wir auch nicht vertreten; darum können wir auch nicht viel über den Hergang des Großaufwaschens berichten. Nur einige Nebenumstände sind so reizvoll, daß wir sie unseren Lesern nicht vorenthalten wollen. Von der Volkspartei war außer dem Fraktionsführer noch ein weiterer Bürgervorsteher eingeladen. Das war dem Häuptling der Demokraten, die bekanntlich kein Unrecht mit ansehen können, an dem sie **nicht selbst mit Erfolg beteiligt** sind, nicht genehm, und sie erhoben ihre Stimme, damit der Mann von der Volkspartei verschwände, und also wurde mit Mehrheit der Demokröten und Marxisten beschlossen. Mit immerhin bemerkenswerter und erfreulicher Solidarität verließ nun auch der andere Vertreter der Volkspartei den Laden. Wir haben leider nichts von einer Entrüstung darüber gehört, daß die Demokröten den ihnen angehörigen Fischmarktsdirektor mitgebracht hatten, der sich sogar an der Debatte beteiligen durfte. Das nennt man in Neu-Deutschland **„Gleiches Recht für alle!"** Wir werden noch oft Gelegenheit haben, uns mit diesen Dingen zu beschäftigen und dann wohl auch über die Gegensätze einiges sagen können, die nun doch im Emder Stadtmagistrat bestehen, wenn wir auch nicht hoffen können, daß, solange das jetzige System bleibt, die Schuldigen ihrer gerechten Strafe zugeführt werden.

Wir setzen unseren **Aufklärungsartikel** fort, der allem Anscheine nach einigen Demokröten bereits so auf die Nerven gefallen ist, daß sie ihn nachzuahmen versuchen, wobei sie indessen in den Fehler verfallen, daß sie Dinge veröffentlichen, **die uns gar nicht betreffen** und mit denen wir uns deswegen auch weiter nicht zu befassen brauchen.

Wie sehr man in der **Stadtfinanzverwaltung** mit Jaffa & Levin im Bunde war, sieht man am besten aus einem Vorkommnis, welches festgenagelt zu werden verdient. Man hat nämlich einen sogenannten **Konsortialkredit**, an dem eine ganze Reihe von Hebräern unter Führung des vielgenannten Berliner Bankhauses beteiligt war, **in Höhe von fast 1.5 Millionen** zunächst, wie es sich gehörte, der städtischen Sparkasse zukommen lassen. Die Summe ist dann aber von dieser sofort **an Jaffa & Levin leihweise zurückbefördert** worden. Dies geschah zu einer Zeit, in der so mancher kleine Handwerker und Gewerbetreibender, wenn er Geld benötigte, von der Sparkasse abgewiesen wurde, weil er nicht sicher genug zu sein dünkte. Solche Tatsachen sprechen für sich selbst. Es ist eben nicht für die Interessen der Stadt, sondern für die von Jaffa & Levin gearbeitet worden, indem dieser Bank von den Geldern, welche die dauernd in Verlegenheit befindliche Stadt selbst aufgenommen hatte, zeitweise bis zu 2¾ Millionen **ohne Deckung gepumpt** worden sind. Diese Wohltaten, die man den Kahns und Philipps erwies, erfolgten ohne Feststellung der Kreditwürdigkeit der Bank für solche horrenden Summen. Die Stadt hat bei Jaffa & Levin außerdem von der 3-Millionen-Anleihe — in Wirklichkeit sind's ja nur 2 Millionen gewesen! — einen erheblichen Teil stehen lassen, wie man es nachträglich fingierte, als Zinsreserve, **in Wirklichkeit aber als Darlehn.** Man hat in jener Zeit sogar, obwohl noch genügend Gelder für die Einlösung der Zinsscheine bei Jaffa & Levin zur Verfügung waren, trotzdem noch bedeutende Beträge für die Zinsscheineinlösung — einmal mehr als 80000 Reichsmark, ein anderes mal über 40 000 Reichsmark — durch die Stadtsparkasse an die Bank überweisen.

Nun ist die unbesehen kreditwürdige Bank in 1929 **in Schwierigkeiten geraten,** und die Forderung der Stadt, die einschließlich Zinsen noch über 200 000 RM. betrug, geriet in Gefahr. Statt nun schleunigst auf die Rückzahlung zu drängen und alles zu tun, um das Geld der Stadt zu sichern, hat man **mit den Orientalen Verhandlungen gepflogen,** die dazu führten, daß man ein Abkommen schuf, wonach die Forderung der Stadt auf rund 175 000 RM. ermäßigt wurde, so daß die Stadt hierdurch schon eine bedeutende Einbuße erlitt. In Sitzungen des Bürgervorsteherkollegiums sind diese Dinge eingehend behandelt und kritisiert worden. Damit es an Humor nicht fehlte, hat der Finanzgewaltige der Stadt gelegentlich auf eine Anfrage nach einem damit im Zusammenhange stehenden Abkommen die klassische Antwort erteilt, der Vertrag sei nicht schriftlich abgeschlossen, sondern **„mündlich notariell".** Es ist unbedingt erforderlich, daß unsere Notariatsordnung und Zivilprozeßordnung diesen neudeutschen Rechtsvorgängen, wie sie die Demokröten eingeführt haben, angepaßt werden, denn jedes Kind weiß, daß es bislang mündlich notarielle Verträge nicht gibt. Nachdem im Januar 1930 infolge der Zahlungsunfähigkeit der Firma Jaffa & Lewin ein sogenanntes Arrangement getroffen war, wonach die Stadt einen Teil ihrer Forderung an gute Bekannte von Jaffa & Lewin abtreten sollte und auf einen Teil des Restes verzichtete, ist es **um diese Dinge ganz still geworden,** und es scheint, daß keiner von diesen ägyptischen Landedelleuten imstande ist, zu bezahlen. Ergebnis: die Stadt hat auch hier wieder voraussichtlich **einen Verlust von einigen hunderttausend Reichsmark,** so daß die familiären Verbindungen mit Jaffa & Lewin der Stadt **wenigstens eine halbe Million kosten.** Nebenbei mag noch erwähnt werden, daß die Beziehungen mit Jaffa & Lewin so eng waren, daß man **sich sehr häufig besuchen** mußte mußte und diese Besuche **über 15 000 RM. Reisekosten** verursachten, an denen **ausschließlich Demokröten und Marxisten von der SPD. beteiligt** waren. Es ist vor längerer Zeit einmal der Opposition im Bürgervorsteherkollegium der Vorwurf gemacht worden, daß man mir nichts, dir nichts 14 000 RM. hinausgeworfen habe, die die Revision gekostet haben soll. Hier sind über 15 000 RM. veraast worden nur für Besuche, die, wenn man das Ende betrachtet, nicht zum Nutzen der Stadt, sondern **zum Vorteil der Firma Jaffa & Lewin gemacht** worden sind, während doch wohl allmählich einleuchtet, daß die Revision der Stadtfinanzgebarung garnicht hoch genug bewertet werden kann.

Nun soll es uns bloß wundern, ob die ganze Sache ausgeht, **wie das Hornberger Schießen.**

Dann werden wir in Tätigkeit treten.

Hörsing sieht doppelt.

„Man schilt die Juden feige . . . . 120 000 Juden wurden (im Weltkrieg) verwundet. Wir alten Frontsoldaten lehnen es ab, daß man unsere jüdischen Kameraden so gemein beschimpft."

So sprach Hörsing in der Reichsbanner-Versammlung in Schwerin (Mecklb.) am 27. Januar. (Vgl. „Das freie Wort", Sozialistisches Organ für Mittel-, Süd- und West-Mecklenburg Nr. 24 vom 29. Januar 1931.)

„Als Vertreter des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten legt hierauf Referendar Dr. Urias (Hamburg) schärfste Verwahrung ein gegen die Verleumdungen der Antisemiten über die Frontbetätigung jüdischer Soldaten. Er weist darauf hin, daß von den 540 000 deutschen Juden über 100 000 zum Kriegsdienst eingezogen, davon 65 000 an der Front waren."

Bericht über die Hauptversammlung des Zentralvereins am 20. und 21. November 1921, vgl. „Im Deutschen Reich", Zeitschrift des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens Nr. 1/2 für 1922 S. 7.

65 000 jüdische Frontsoldaten, 120 000 verwundete

Sollte Hörsing wieder . . . . (siehe Reichstagssitzung vom 26. Januar 1921).

Dr. Ley gegen das Zentrum.

In der Aussprache erklärte Abg. **Dr. Ley** (Natsoz.), im Mittelpunkt der Aussprache habe nicht die Kanzlerrede gestanden, sondern die Rede des Abgeordneten Dr. Goebbels. Der Redner wendet sich dann gegen den Abgeordneten Joos, der einmal sein Erstaunen über die Größe der nationalsozialistischen Gedankengänge, die er in seiner Versammlung gehört habe, zum Ausdruck gebracht hätte.

Das Volk werde einst nicht nach der Zentrumsdialektik zwischen legalem und illegalem Separatismus unterscheiden, sondern zwischen denen, die im Dienste Frankreichs die Rheinprovinz zu einem selbständigen Staat machen wollten und denen, die dagegen ankämpften.

Wenn wir an der Macht sind, werden wir nicht die kleinen, sondern die großen Separatisten hängen. — Auf die Frage des Präsidenten, ob sich das auf Mitglieder des Hauses beziehen solle, erwiderte er, er könne das im Augenblick nicht übersehen.

Eine Million Zahlungsbefehle.

In der Stadt Berlin natürlich in einem Jahre. Eine ungeheure unproduktive Arbeit ist mit dem Mahnverfahren verbunden. In den Berliner Gerichtshöfen sind allein 250 Richter und 2500 Beamte, — das bedeutet eine Gehaltszahlung nur für diese Zwecke von 12 bis 15 Millionen R.-M. im Jahr — nur mit Mahnungen, Zahlungsbefehlen und Offenbarungseiden beschäftigt. Im schwarzen Register für faule Kunden findet man 500 000 Namen, davon 90 000 aus dem letzten Jahre.

Elendszahlen aus der Youngkolonie.

Die Zahl der wirtschaftlichen Zusammenbrüche hat sich im vergangenen Jahre weiter heraufgeschraubt. 11583 Konkurse und 7362 Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses, denen in den meisten Fällen nach einigen Monaten trotzdem der Konkurs folgt, zeigt die Statistik im Krisenjahr 1930 — Zwanzigtausend Zusammenbrüche selbständiger Betriebe und damit ein Kapitalverlust von vielen Millionen, das ist das wahre Bild der angeblichen „Ankurbelung der Wirtschaft" im Youngjahr 1930!

Tägliche Einfuhr!

Der Deutsche Landwirtschaftsrat macht in einem Aufrufe auf die nachstehenden erschreckenden Zahlen aufmerksam.

Deutschland bezog 1929 durchschnittlich aus dem Ausland **täglich** für

378 000 RM. Gemüse,
184 000 RM. Aepfel und Birnen,
230 000 RM. Orangen,
132 000 RM. Bananen,
1 550 000 RM. Milch, Butter und Käse,
1 220 000 RM. Weizen,
770 000 RM. Eier,
324 000 RM. französische Parfümerien,
180 000 RM. Südweine,
265 000 RM. Kunstseide,
160 000 RM. amerikanische Kraftfahrzeuge,
82 000 RM. engl. und franz. Kleider, Hüte usw.,
90 000 RM. Glaswaren u. v. a. m.

Merke dir Deutscher, tägliche Einfuhr!